

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1999

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

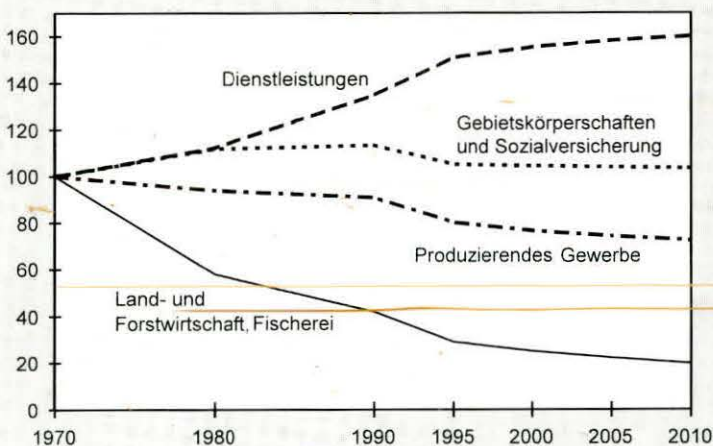
September

Oktober

November

Dezember

Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs 1970 - 2010 nach Sektoren
1970 = 100



Inhalt

Zukünftiger Bedarf an Arbeitskräften – Erwerbstätigenprognose 1995 bis 2010 –

- 1 Letztmalig wurde eine an der Wirtschaftszweiggliederung von 1979 ausgerichtete regionalisierte Erwerbstätigenprognose erstellt. Deren Datenbasis reicht bis zum Jahr 1995, der Prognosehorizont umfaßt die Jahre bis 2010. Die Ergebnisse der Trendextrapolationen werden für die einzelnen Wirtschaftsbereiche vorgestellt.

Das gesamtwirtschaftliche Anlagevermögen 1970 bis 1996

- 7 Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über das gesamtwirtschaftliche Anlagevermögen dienen sowohl dem Nachweis des Niveaus und der Entwicklung des produktiv genutzten Sachvermögens als auch der Analyse des Zusammenhangs zwischen Produktion und eingesetztem Kapitalstock.

Vorbereitende Bauleitplanung der Städte und Gemeinden 1997

- 16 Die Flächennutzungspläne der Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden werden seit 1989 statistisch aufbereitet. Mit den Ergebnissen der Erhebung der geplanten Nutzung im Rahmen der Flächenerhebung 1997 liegen aktuelle Daten zur vorbereitenden Bauleitplanung der Kommunen vor.

Anhang

- 1* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
7* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Erwerbstätigenprognose 1995 bis 2010: Leicht abnehmender Arbeitskräftebedarf

Die Trendextrapolation der Erwerbstätigenzahlen ist trotz Konjunkturbereinigung geprägt durch den wirtschaftlichen Einbruch nach 1992, der für die letzten Jahre der Beobachtungszeitreihen bestimmend war. Insgesamt wird im Zeitraum bis 2010 ein Beschäftigungsrückgang in der Größenordnung von 2 % vorausgeschätzt, wobei die Fortsetzung des Strukturwandels den Beschäftigtenanteil des kommerziellen und gemeinnützigen Dienstleistungsbereichs nahe an die 50 %-Schwelle heranführt. Der sekundäre und vor allem der primäre Sektor dagegen schrumpfen weiter.

Wachstumschancen bieten indessen nicht alle Dienstleistungsbereiche. Die langjährige Expansion des Finanzdienstleistungsbereichs dürfte an ihrem Ende angekommen sein. Neue Arbeitsplätze in größerem Umfang könnten im Gesundheits- und Pflegewesen entstehen, auch der Bereich „Bildung, Kultur, Wissenschaft, Unterhaltung“ bietet Anlass zur Zuversicht. Ebenfalls positiv sieht die Lage bei den Dienstleistungen für Unternehmen aus, was durch die Auslagerung früher unternehmensinterner Funktionen und durch die steigenden Anforderungen eines immer komplexeren ökonomischen Umfeldes bedingt sein mag. hk

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

Steigende Kapitalintensität

Der Wert des Bruttoanlagevermögens in Preisen von 1991 lag Anfang 1996 mit 751,2 Mrd. DM in Rheinland-Pfalz mehr als doppelt so hoch wie 1970. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfasst das gesamtwirtschaftliche Anlagevermögen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel in Form von Ausrüstungsgütern und Bauten (ohne den Wert von Grund und Boden).

Im Durchschnitt übertrafen die Investitionen, die die Zugänge zum Anlagevermögen darstellen, die Abgänge aus dem Bestand um rund 16 Mrd. DM pro Jahr. Zu vier Fünfteln bestand das gesamte Bruttoanlagevermögen aus Bauten (gewerblich genutzte Hochbauten, Wohnungen u.a.), das restliche Fünftel waren Ausrüstungsgüter wie Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge u. Ä. Besonders dynamisch entwickelte sich seit 1970 das Anlagevermögen der Dienstleistungsunternehmen: Während der Anlagenbestand in diesem Wirtschaftsbereich mengenmäßig etwa um 400 % gestiegen ist, nahm der Wert im Produzierenden Gewerbe im gleichen Zeitraum nur um 80 % zu.

Für die Analyse von Veränderungen in den Produktionsprozessen wird beispielsweise die Kapitalproduktivität berechnet als Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dem Kapitalstock. Je 1 000 DM eingesetztem Kapital wurde 1970 ein Bruttoinlandsprodukt von 228 DM erzeugt, 1995 waren es noch 183 DM. Der Rückgang der Kapitalproduktivität bedeutet, dass vermehrter Kapitaleinsatz notwendig war, um die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen zu produzieren. Im Gegenzug hat sich die Arbeitsproduktivität erhöht. Da die Zahl der Erwerbstätigen als Maßstab für den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit 1995 fast auf dem gleichen Niveau lag wie 1970, während sich der Kapitalstock mehr als verdoppelt hat, ist die Kapitalintensität in diesem Zeitraum entsprechend gestiegen. Dieser Koeffizient, der den Neuwert der durchschnittlich je Erwerbstätigen eingesetzten Produktionsanlagen misst, ist von 235 000 DM im Jahr 1970 auf 500 000 DM im Jahr 1995 gestiegen. ker

Mehr über dieses Thema auf Seite 7.

Flächennutzungspläne zum dritten Mal ausgewertet

Nach 1989 und 1993 liegen mit den Ergebnissen der Erhebung der geplanten Nutzung im Rahmen der Flächenerhebung 1997 aktuelle Daten zur vorbereitenden Bauleitplanung der Kommunen vor. Die 212 Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden als Träger der örtlichen Planung in Rheinland-Pfalz hatten zum Stand 31. Dezember 1996 ihre Flächennutzungspläne erneut statistisch auszuwerten.

Die Umsetzung der Planinhalte in Nutzungsarten der Erhebung der geplanten Nutzung geschieht seit 1993 auf zwei Wegen: Neben dem allgemein üblichen Standardverfahren nach den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes wird – und das ist bundesweit einmalig – in Rheinland-Pfalz das vom Statistischen Landesamt und dem Landesvermessungsamt entwickelte ATKIS-Verfahren eingesetzt. Beim ATKIS-Verfahren werden unter Rückgriff auf im Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem der Vermessungs- und Katasterverwaltung vorhandene Geometrien die Planinhalte eines Flächennutzungsplanes digital erfasst. 42 % der Verwaltungen wurden 1997 auf diese Weise fachlich unterstützt und arbeitsmäßig entlastet.

1997 wurden in Rheinland-Pfalz 228 000 ha (11,5 %) für Flächen verplant, die dem Komplex „Siedlung und Verkehr“ zuzurechnen sind, rund 3 000 ha mehr als 1993. Bauflächen (147 000 ha), Flächen für den Verkehr (41 000 ha) und Grünflächen (32 000 ha) nehmen

davon den größten Teil ein. Unter den Bauflächen (+5,5% gegenüber 1993) stiegen die Gewerbe- und Industriegebiete (+11%) stärker an als die Wohngebiete (+6,5%).

Mit 85,6% des Landes bleiben der Land- und der Forstwirtschaft (897 000 ha bzw. 802 000 ha) weiterhin die meisten Flächen vorbehalten. Im Zuge einer stärker ökologisch ausgerichteten, integrierten Flächennutzungsplanung werden in vielen Gemeinden Flächen für Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft (18 000 ha) verstärkt ausgewiesen. kr

Mehr über dieses Thema auf Seite 16.

353 Kinder wurden adoptiert

Noch 1 300 adoptionswillige Bewerber

Im Jahre 1997 wurden in Rheinland-Pfalz 353 Kinder adoptiert. Gegenüber dem Jahre 1996 bedeutet dies einen Rückgang um fast 21%. 40% der Adoptierten waren noch nicht im schulpflichtigen Alter, knapp die Hälfte sechs bis fünfzehn und die übrigen 10% fünfzehn bis achtzehn Jahre alt. Fast die Hälfte ist nicht ehelich geboren worden. Mehr als ein Viertel der Adoptierten hatte zuvor eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Am Jahresende 1997 waren 99 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt, adoptionswillige Bewerber gab es jedoch fast 1 300. hl

Über 80 000 Studierende im Wintersemester 1998/99

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind zum Wintersemester 1998/99 gut 80 500 Studierende eingeschrieben. Mehr als 70% (56 634 Studierende) besuchen eine der acht wissenschaftlichen Hochschulen, knapp 30% (23 949 Studierende) eine der 13 Fachhochschulen im Lande. Bei nahezu konstanten Studienanfängerzahlen – rund 10 000 Studierende nahmen zum Wintersemester erstmals ein Studium auf – ist die Zahl der Studierenden gegenüber dem Vorjahr erneut leicht zurückgegangen.

Die Studienanfänger an den vier Universitäten im Land präferieren deutlich stärker als im Vorjahr mathematisch-naturwissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Studienangebote sowie Fächer aus dem Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Demgegenüber sinken die Anfängerzahlen in sprach- und kulturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen.

Von den knapp 6 300 universitären Neuanfängern nahmen zum laufenden Wintersemester gut ein Drittel ein Studium im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften, knapp 30% einen rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Studiengang und nahezu ebenso viele ein mathematisch-naturwissenschaftlich bzw. ingenieurwissenschaftlich ausgerichtetes Studium auf.

Im vergangenen Jahr noch hatten über 40% der Neueinsteiger ein sprach- bzw. kulturwissenschaftlich ausgerichtetes Universitätsstudium begonnen. Mathematisch-naturwissenschaftlich bzw. ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Ausbildungsangebote und Fächer aus dem Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften waren im Vorjahr jeweils von rund einem Viertel der Neustudenten belegt worden. re

Statistischer Landesausschuss tagte in Bad Ems

Der Statistische Landesausschuss traf sich am 3. Dezember 1998 zu seiner 33. Tagung im Statistischen Landesamt in Bad Ems. Als beratendes Gremium aus Vertretern von Wissenschaft, Verbänden und Politik begleitet der Ausschuss u.a. die Umsetzung der Ziele des Amtes auf der Grundlage eines „Statistischen Gesamtkonzeptes“. Thema der Ausschussberatungen waren neben Änderungen des statistischen Aufgabenprogramms und der Weiterentwicklung des Programms der Bundesstatistik die Realisierungsfortschritte der Projekte des Gesamtkonzeptes.

Ein in die Zukunft weisendes Projekt gilt der Prüfung und eventuellen Einführung eines Data-Warehouse-Systems. Ein solches System wäre in der Lage, sehr unterschiedlich formatierte und strukturierte Ausgangsdaten in einheitliche Formate und Strukturen umzusetzen und auf diesem Weg selektierte und aggregierte Informationspakete zu erzeugen.

Der „Gemeinschaftsweite Zensus 2001“ war Kernpunkt der Ausschussberatungen im Zusammenhang mit dem statistischen Aufgabenprogramm. Vor allem unter dem Aspekt der Datenqualität wurde der Wechsel von einer primärstatistischen Totalerhebung wie bei der Volkszählung 1987 zu einem registergestützten System diskutiert. Nach Ansicht der Ausschussmitglieder kann nur das sogenannte „Ländermodell“ den Datenbedarf in kleinräumiger Gliederung erfüllen. Kernpunkt dieses Modells ist eine herkömmliche Gebäude- und Wohnungszählung und dadurch die Möglichkeit, Personendaten aus den Melderegistern zu Haushalten zusammenzufassen. Dagegen verzichtet das „Bundesmodell“ auf kleinräumige Gebäude-, Wohnungs- und Haushaltsdaten. wr

Zukünftiger Bedarf an Arbeitskräften – Erwerbstätigenprognose 1995 bis 2010 –

Das Prognosesystem des Statistischen Landesamtes umfasst neben der Bevölkerungsprognose und den darauf aufbauenden Rechenmodellen – wie Schüler- oder Haushaltsprognose – auch eine Vorausschätzung des Arbeitskräftebedarfs in Rheinland-Pfalz. Wie bei den anderen Prognoserechnungen erfolgt die Schätzung in regionalisierter Form für 15 Jahre im Voraus. Die Trendextrapolationen werden auf Landesebene in einer Gliederung nach über 100 Wirtschaftszweigen vorgenommen. Dabei orientiert sich die wirtschaftssystematische Abgrenzung – wie in den vorangegangenen Versionen der Erwerbstätigenprognose – an der Systematik der Wirtschaftszweige in der Fassung von 1979. Da einige wichtige Statistiken, die in die Prognose Eingang finden, bereits auf die Wirtschaftszweiggliederung von 1993 umgestellt sind, war die Aktualisierung der Datenbasis bei diesem Durchlauf mit spezifischen Problemen verbunden.

Berechnungsmodus und Datenbasis

Der Erwerbstätigkeitsbegriff umfasst alle Personen, die eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom zeitlichen Umfang dieser Tätigkeit. Im Prognosemodell wird hierbei das Personenkonzept zugrunde gelegt, so dass Mehrfachbeschäftigungsfälle nur einmal erfasst sind.

Im Bereich der Landwirtschaft stützt sich die Prognose auf die Agrarstatistiken, wobei die dort definierten Beschäftigungsarten derart zusammengefasst werden, dass das Aggregat dem Erwerbstätigkeitsbegriff möglichst nahe kommt. Bei den nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweigen beruht die Prognose auf den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1987, die zur Anpassung an das Personenkonzept auf die Werte aus der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder abgestimmt wurden. Auf dieser Basis erfolgt seit 1987 eine Fortschreibung mit Hilfe laufender Statistiken wie der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder der Umsatzsteuerstatistik. Für die Jahre vor 1987 wurden ebenfalls die Ergebnisse von laufenden Statistiken auf die Eckwerte der in größeren Zeitabständen stattfindenden Arbeitsstättenzählung abgestimmt, wobei erhebungssystematische Brüche in den laufenden Erhebungen durch die Bildung von Messzahlenreihen überbrückt wurden.

Um den Einfluss konjunktureller Schwankungen auf die Trendextrapolation zu mindern, werden die so ermittelten Zeitreihen vor der Trendschätzung geglättet. Hierzu werden aus den Rohdaten gleitende Fünfjahresdurchschnitte gebildet, wobei die Randglieder als gewogene gleitende Durchschnitte gewonnen werden. Die resultierenden Trendverläufe sind daher prinzipiell nicht geeignet, Konjunkturschwankungen nachzubilden oder vorherzusagen.

Um den für die Zukunft geschätzten Arbeitskräftebedarf zu ermitteln, werden die für die einzelnen Wirtschaftszweige gewonnenen Vergangenheitszeitreihen mittels Trendextrapolation verlängert. Um hierbei – auch aus Transparenzgründen – eine Aneinanderreihung von Ad-hoc-Entscheidungen zu vermeiden, wird nach einer einheitlichen Philosophie vorgegangen. Prinzipiell wird versucht, die beobachtbaren Trends fortzuschreiben. Dies geschieht allerdings in abgeschwächter Form, so dass kontinuierliche Wachstums- bzw. Schrumpfungsprozesse einzelner Wirtschaftszweige zwar verlängert, mit zunehmender Entfernung vom Basisjahr 1995 aber abgemildert werden. Die Schätzergebnisse zeigen also, wie die Beschäftigungslage aussehen wird, falls die bis 1995 aufgetretenen Tendenzen anhaltend, aber abgeschwächt weiterwirken. Einflussfaktoren, die a priori die zukünftige Erwerbstätigenzahl beeinflussen könnten, sich aber in den Zeitreihen bis 1995 noch nicht niederschlagen, finden also keine Berücksichtigung.

Problematisch gestaltete sich bei dieser Erwerbstätigenprognose die Gewinnung der Datenbasis am aktuellen Rand. Bis zum Basisjahr 1995 waren einige der zugrunde gelegten Statistiken bereits auf die neue Gliederung der Wirtschaftszweige umgestellt (z. B. Umsatzsteuerstatistik, Statistiken für den Handel und das Verarbeitende Gewerbe), andere jedoch noch nicht (insbesondere die Beschäftigtenstatistik). Da beim Übergang von der Wirtschaftszweigsystematik von 1979 zu der von 1993 viele Zuordnungen auf sehr tiefer Gliederungsebene neu definiert wurden, lassen sich die Einzelpositionen der Systematik von 1993 (z. B. auf der Dreisteller-Ebene) im Allgemeinen nicht in solche der 79er Gliederung überführen. Eine derartige Abbildung ist meist erst auf einem recht hohen Aggregationsniveau möglich. Selbst der Begriff des „Verarbeitenden Gewerbes“ in der Abgrenzung von 1993 entspricht nicht exakt dem in der Definition von 1979, und ebenso verbergen

sich hinter den Einzelpositionen innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung (wie „Herstellung von Kunststoffwaren“ oder „Maschinenbau“) im Detail unterschiedliche Abgrenzungen, was eine in beiden Richtungen eindeutige Abbildung unmöglich macht. Die wirtschaftssystematische Gliederung der Prognose lehnt sich an die alte Definition von 1979 an, weshalb ihre Zeitreihen nicht ohne weiteres mit den Informationen aus bereits umgestellten Statistiken weitergeführt werden konnten.

Um die Datenbasis der Erwerbstätigenprognose zu vervollständigen, wurde an diesem Punkt auf die Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder zurückgegriffen. Dieses Rechenmodell ist historisch erst nach der rheinland-pfälzischen Erwerbstätigenprognose entstanden, orientiert sich ebenfalls am Personenkonzept und (noch) an der Wirtschaftszweigsystematik in der Fassung von 1979. Es benützt dabei teilweise dieselben, teilweise aber auch andere Basisstatistiken, u.a. den Mikrozensus. Die Erwerbstätigenrechnung hat zum Ziel, die Ist-Situation der Erwerbstätigkeit im Bund und in den Ländern nach einem integrierten Konzept abzuschätzen. Für die einzelnen Wirtschaftszweige stimmen die Schätzergebnisse (bezüglich der tatsächlichen Beschäftigung) von Erwerbstätigenprognose und Erwerbstätigenrechnung im Allgemeinen gut überein, so dass die Werte des Bund-Länder-Modells in Messzahlen umgerechnet werden konnten, mit denen die 1993er bzw. 1994er Werte der Datenbasis fortgeschrieben wurden. Gänzlich bruchfrei war dies allerdings nicht möglich, weil beide Rechenmodelle sich zwar an die 1979er Systematik anlehnen, im Detail aber nicht immer genau dieselbe Wirtschaftszweigabgrenzung benutzen, weshalb in Einzelfällen entsprechend höhere passende Aggregationen zu bilden waren und mehrere Wirtschaftszweige der Erwerbstätigenprognose mit derselben Messzahlenreihe fortgeschrieben werden mussten. Zwar stand auch die Erwerbstätigenrechnung in den Jahren nach 1993 vor dem Problem, dass einige ihrer Basisstatistiken auf die neue Systematik umgestellt wurden. Im Gegensatz zur rheinland-pfälzischen Erwerbstätigenprognose konnte für das Bund-Länder-Rechenmodell aber in Teilen eine recht aufwendige Rückschlüsselung auf die alte Systematik vorgenommen werden. Wo auch dies nicht mehr möglich war, liefert selbst die Erwerbstätigenrechnung nur noch Daten auf relativ hoher wirtschaftssystematischer Aggregationsebene. Für das Verarbeitende Gewerbe zum Beispiel weist sie ab 1995 nur noch ein Gesamtergebnis aus. Dementsprechend musste bei der Fortschreibung der Prognosedatenbasis für das Verarbeitende Gewerbe im Jahre 1995 ein einheitlicher Veränderungsfaktor gegenüber 1994 zugrunde gelegt werden.

Für die Zukunft bedeutet dieser Umbruch in der Wirtschaftszweigsystematik, dass das Modellkonzept einer Erwerbstätigenprognose in der bisher verwendeten Form nicht mehr lauffähig ist, da die Datenbasis nicht weiter fortgeschrieben werden kann. Eine Neuentwicklung wird sich sinnvollerweise auf die von der Erwerbstätigenrechnung ermittelten Schätzwerte stützen und keine umfangreichen eigenen Auswertungen von Basisstatistiken mehr beinhalten. Die Erwerbstätigenrechnung wird ihre Ergebnisse voraussichtlich ab 1999 in neuer systematischer Gliederung liefern. Falls im

Rahmen dieser Umstellung auch Rückrechnungen vorgenommen werden, die entsprechende Zeitreihen für die Vergangenheit verfügbar machen, könnte eine Neuentwicklung der Erwerbstätigenprognose hierauf zurückgreifen.

Regionalisierung der Landesergebnisse

Da es sich bei der Erwerbstätigenprognose um ein regionalisiertes Rechenmodell handelt, müssen die vorausgeschätzten Landeswerte auf die Verwaltungsbezirke verteilt werden. Dies geschieht auf der Grundlage sogenannter Regionalfaktoren, die auf einer etwas höheren wirtschaftssystematischen Ebene, nämlich für 31 Wirtschaftsbereiche, ermittelt werden. Die Regionalfaktoren eines Jahres ergeben sich als Quotient aus dem Veränderungsfaktor der Erwerbstätigenzahl in einem Verwaltungsbezirk und dem entsprechenden Veränderungsfaktor für das Land insgesamt. Bei der Fortschreibung im Prognosezeitraum wird der aktuelle Fünfjahresdurchschnitt eines solchen Regionalfaktors zunächst beibehalten, dann wird im Laufe weiterer fünf Jahre die Abweichung vom Landesdurchschnitt schrittweise auf Null reduziert, und für den letzten Fünfjahresabschnitt des Vorausschätzungszeitraumes wird eine regional homogene Entwicklung angenommen.

Bereits bei früheren Durchläufen des Prognosemodells waren die verfügbaren Daten nicht ganz ausreichend, um die Regionalisierungsrechnungen in allen Wirtschaftsbereichen wie beschrieben durchführen zu können. So konnten wegen Mängeln in der räumlichen Abgrenzung der Beschäftigtenzahlen für Bahn und Post keine Regionalfaktoren für diese beiden Bereiche geschätzt werden. Durch die Einführung der Wirtschaftszweigsystematik von 1993 ergaben sich auch hier zusätzliche Probleme bei der Aktualisierung der auf alter systematischer Abgrenzung beruhenden Datengrundlage. Mit der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag zwar eine der wichtigsten Datenquellen der Regionalisierung in alter wirtschaftssystematischer Gliederung vor. Die Zahl der Betriebsinhaber je Verwaltungsbezirk beispielsweise entstammt jedoch der Umsatzsteuerstatistik, die ab 1994 auf die neue Gliederung umgestellt worden war. Hier wurden die nach neuer Systematik ausgewiesenen Ergebnisse auf relativ hoher Aggregationsebene (Einsteller) auf die alte Systematik umgerechnet und anschließend nach dem Schlüssel aus der Umsatzsteuerstatistik von 1992 auf die Wirtschaftszweige in alter Abgrenzung und auf die Verwaltungsbezirke verteilt.

Landwirtschaft: Prognose nach Betriebsgrößenklassen

Im Agrarbereich setzt die Trendfortschreibung nicht direkt an der Zahl der Erwerbstätigen, sondern an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe an. Die Beschäftigungssituation in der Landwirtschaft ist seit längerer Zeit durch einen Strukturwandel geprägt, bei dem Betriebe mit geringerer landwirtschaftlicher Nutzfläche aufgegeben werden und die Bodenfläche durch Verkauf oder Verpachtung an größere Betriebe übergeht.

Bei steigender Betriebsgröße wächst dabei der Personaleinsatz nur unterproportional, weil Großbetriebe kapitalintensiver wirtschaften und daher stärker mechanisiert sind. Die Trendextrapolation setzt an sieben Betriebsgrößenklassen an, die sich nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche unterscheiden und für jeden Verwaltungsbezirk getrennt fortgeschrieben werden. Zur Beschäftigtenzahl gelangt man, indem die vorausgeschätzte Zahl der Betriebe mit Besatzziffern multipliziert wird, die – in ebenfalls regionalisierter Form – angeben, wieviele Beschäftigte ein Betrieb einer bestimmten Größenklasse in einem bestimmten Verwaltungsbezirk im Durchschnitt hat. Die Besatzziffern werden für das Basisjahr ermittelt und dann konstant gehalten.

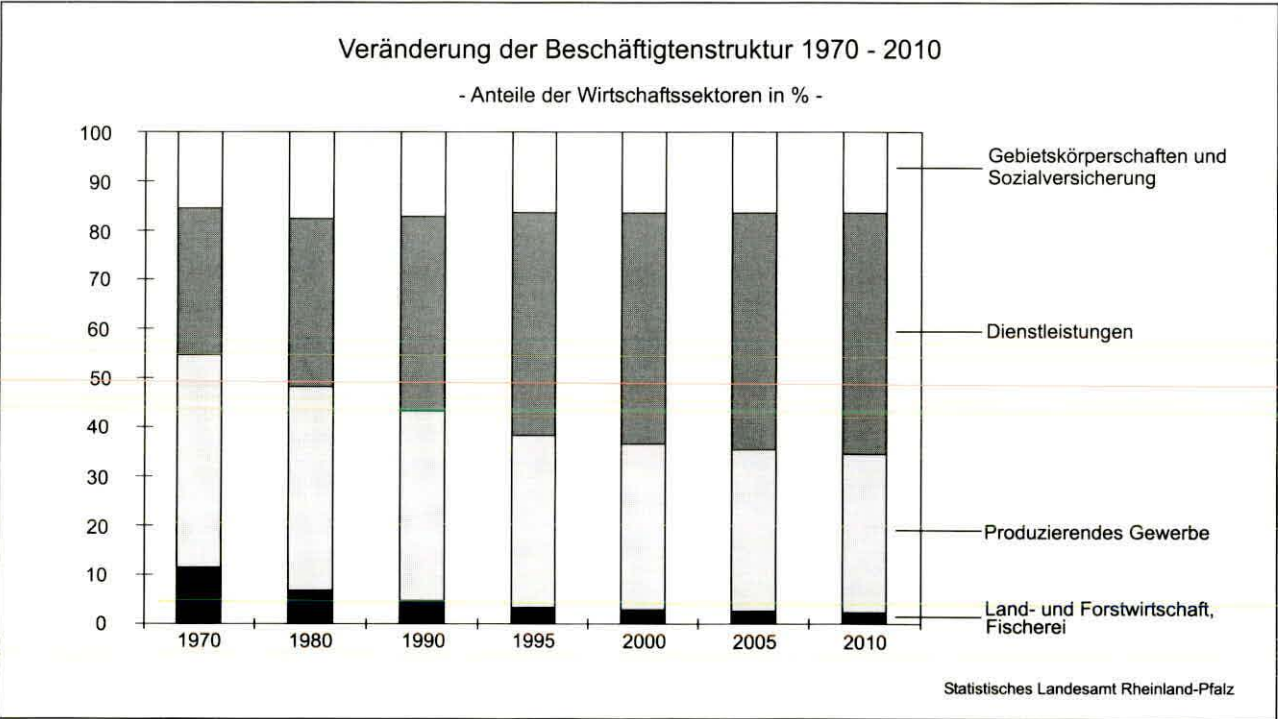
Rückläufige Beschäftigtenzahlen nach dem Ende des Vereinigungsbooms

Beim vorherigen Durchlauf der Erwerbstätigenprognose – zum Basisjahr 1993 – waren die geglätteten Zeitreihen vieler Wirtschaftszweige durch einen mehr oder weniger starken Anstieg gegen Ende der 80er Jahre geprägt, der zum guten Teil auf den vereinigungsbedingten Wirtschaftsaufschwung ab 1990 zurückzuführen war¹⁾. Infolgedessen zeigten die Trendextrapolationen jener Prognose häufig noch ansteigende Zeitreihen bei Wirtschaftszweigen, deren Trendverläufe am Ende des neuen Beobachtungszeitraums (bis einschließlich 1995) durch den Einbruch ab 1992/93 gekennzeichnet sind. Im Verarbeitenden Gewerbe beispielsweise

ermittelte die Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder für 1992 ca. 459 000 Beschäftigte, für 1995 dagegen nur noch etwa 400 000 – ein Rückgang um über 12 % innerhalb von drei Jahren (nicht konjunkturbereinigte Werte). Derart deutliche Verschiebungen in den Zeitreihen bewirken natürlich, dass die auf Trendverlängerungen beruhenden neuen Prognoseergebnisse im Vergleich zum vorherigen Durchlauf tendenziell schlechter ausfallen.

Angesichts der wirtschaftlichen Dynamik, die in den letzten Jahren zu beobachten ist, erscheint es fraglich, ob die Entwicklung mit den üblichen technischen Mitteln der Trendextrapolation hinreichend abgebildet werden kann. Die Verwendung von Trendfunktionen für die einzelnen Wirtschaftszweige beruht auf der Annahme mittelfristig stetiger gradueller Veränderungen. Vergleicht man die zum Basisjahr 1993 gewonnenen Prognoseergebnisse für das Jahr 1995 mit den Ist-Werten des nunmehr aktuellen Basisjahres 1995 (beide konjunkturbereinigt), so fällt auf, dass auch bei Wirtschaftszweigen, die vor 1993 eine kontinuierliche (fallende oder steigende) Entwicklung aufwiesen, die Stärke dieser Veränderung zwischen 1993 und 1995 im Allgemeinen unterschätzt wurde. Ein Extrembeispiel hierfür ist der Wirtschaftsbereich „Metallerzeugung und -bearbeitung, Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau“: Nach einem kontinuierlichen Anstieg bis auf über 150 000 Beschäftigte im Jahr 1990 (geglättet) setzte ein Rückgang ein, sodass die vorherige Prognose (mit Basisjahr 1993) für 1995 einen Beschäftigtenstand von ca. 140 000 voraussagte. Der nun in der Datenbasis der neuen Prognose geschätzte²⁾ Ist-Wert für 1995 liegt aber bei knapp über 120 000. Ein derartiger Einbruch innerhalb so kurzer Zeit ließe sich mit den üblicherweise verwendeten Funktionstypen entweder nicht abbilden oder die Trendextrapolation solcher Veränderungen in den mittelfristigen Bereich würde zu absurden Ergebnissen – im Extremfall negativen Beschäftigtenzahlen – führen.

1) Bei dem eingesetzten Glättungsverfahren – zentrierten gleitenden Fünfjahresdurchschnitten – errechnet sich der geglättete Wert eines bestimmten Jahres aus dem Durchschnitt des betreffenden Jahres und der jeweils zwei Jahre zuvor und danach.
2) Das Verarbeitende Gewerbe wurde von 1994 auf 1995 mit Hilfszahlen aus der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder fortgeschrieben, so dass Ist-Werte im eigentlichen Sinne nicht mehr vorliegen.



Die auf „sanften“ Trendfunktionen fußende Prognose geht im 15-Jahres-Zeitraum zwischen 1995 und 2010 von einem Rückgang der Beschäftigung um knapp 2 % aus, wobei durch den strukturellen Wandel gewisse Schwellenwerte erreicht bzw. überschritten werden: Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Gesamterwerbstätigkeit wird auf unter ein Drittel fallen, während der kommerzielle Dienstleistungssektor (einschließlich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung) die 40 %-Marke leicht übersteigen wird. Rechnet man zum marktorientierten Teil des tertiären Bereichs noch die Organisationen ohne Erwerbscharakter hinzu, so wird sogar fast ein Anteil von 50 % erreicht. Entsprechend sinkt die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft weiter; am Ende des Prognosezeitraumes wird für sie nur noch ein Beschäftigungsanteil von 2,3 % geschätzt. Der Anteil von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträgern an der leicht schrumpfenden Erwerbstätigkeit bleibt stabil.

Flächenkonzentration bei landwirtschaftlichen Betrieben

Die zurzeit gut 700 000 ha an landwirtschaftlicher Fläche in Rheinland-Pfalz werden zunehmend von weniger, aber größeren Betrieben bewirtschaftet. Die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe mit relativ kleinen Flächen geht kontinuierlich zurück. Dabei hat sich die Bedeutung des Begriffs „relativ klein“ jedoch im Zeitablauf verschoben: Der Wandel der Betriebsgrößenstruktur hat mittlerweile schon die Betriebe mit 50 bis 75 ha landwirtschaftlicher Fläche erfasst, deren Zahl noch bis in die 90er Jahre hinein zunahm. Seit einigen Jahren geht auch ihre Zahl zurück, es expandiert nur noch die Betriebsgrößenklasse mit über 75 ha. Über die Landkreise und kreisfreien Städte hinweg zeigt sich dabei ein recht homogenes Bild: Es gibt nur noch wenige Verwaltungsbezirke, in denen die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche zwischen 30 und 50 ha zunimmt. Die Betriebsgrößen unter 30 ha verlieren regional durchweg an Bedeutung.

Schreibt man den beobachtbaren Strukturwandel fort und geht von unveränderten durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen in den Betrieben der einzelnen Größenklassen aus, so ist bei den landwirtschaftlichen Betrieben mit kleinerer Nutzfläche von erheblichen Beschäftigungsverlusten auszugehen. Diese können durch die expandierenden Großbetriebe nicht aufgefangen werden, weil diese einen höheren Mechanisierungsgrad aufweisen und daher weniger Arbeitskräfte pro Flächeneinheit benötigen. Insgesamt wird im Prognosezeitraum bis 2010 mit einem Rückgang von 47 000 bis auf etwa 32 000 Beschäftigte gerechnet.

Teilweise starke Verluste des Verarbeitenden Gewerbes

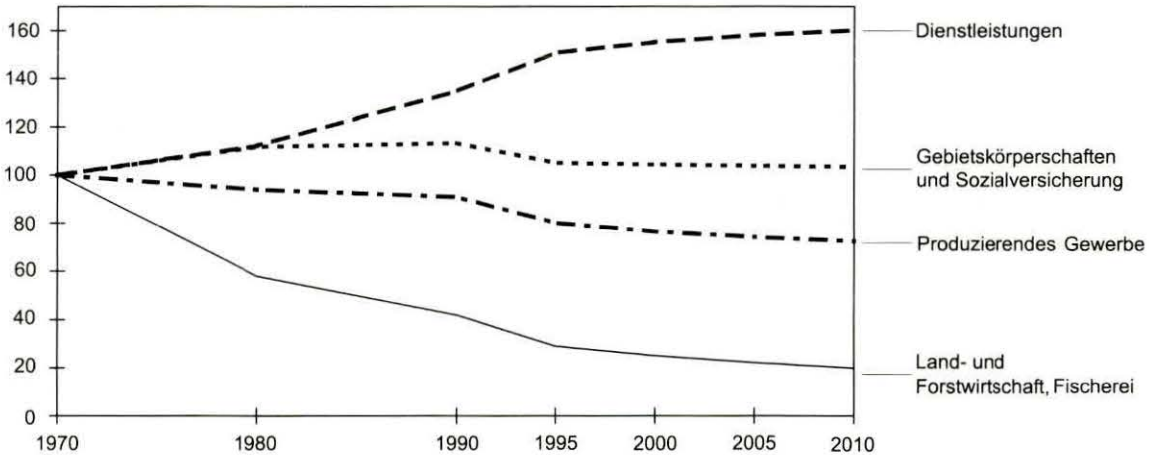
Das Verarbeitende Gewerbe als quantitativ bedeutendster Teil des sekundären Sektors wurde im Gefolge des wirtschaftlichen Einbruchs nach 1992/93 erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Eine Trendverlängerung der konjunkturbereinigten Zeitreihen ergibt im 15-Jahres-Prognosezeitraum nochmals Arbeitsplatzverluste in einer Größenordnung von ca. 50 000. Dabei zeigt sich innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes jedoch ein heterogenes Bild: Die stärksten Verluste von über 40 % gegenüber 1995 werden für das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe vorausberechnet, dessen Anteil am Verarbeitenden Gewerbe insgesamt aber unter 5 % liegt. Bei den quantitativ bedeutsameren Wirtschaftsbereichen wird die weitere Entwicklung nicht so dramatisch eingeschätzt. Für die Bereiche „Steine und Erden, Feinkeramik, Glas“, „Metallerzeugung, Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau“ und „Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik“ geht die Prognose „nur“ von Rückgängen in der Größenordnung zwischen 10 und 20 % aus. Relativ stabil – mit Verlusten unter 5 % im Prognosezeitraum – erscheinen die ebenfalls stark ins Gewicht fallende chemische Industrie, das Holz-, Papier- und Druckgewerbe sowie das Ernährungsgewerbe.

Erwerbstätige am Arbeitsort 1995–2010 nach Wirtschaftssektoren

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
1 000					
1995	1 490,4	50,1	519,9	676,5	243,8
1998	1 482,8	45,7	504,6	689,7	242,7
2001	1 476,9	42,2	493,5	699,3	241,9
2004	1 471,8	39,2	484,6	706,9	241,1
2007	1 467,3	36,6	477,1	713,1	240,4
2010	1 463,3	34,3	470,6	718,5	239,9
Messzahlen: 1995 = 100					
1998	99,5	91,2	97,1	102,0	99,5
2001	99,1	84,1	94,9	103,4	99,2
2004	98,8	78,2	93,2	104,5	98,9
2007	98,5	73,0	91,8	105,4	98,6
2010	98,2	68,5	90,5	106,2	98,4

Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs 1970 - 2010 nach Sektoren

1970 = 100



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Für die Bauindustrie ergab sich in den letzten Jahren eine differenzierte Entwicklung. Gegen Mitte der 90er Jahre setzte im – von Hoch- und Tiefbau dominierten – Bauhauptgewerbe ein Beschäftigungsabbau ein, dessen zukünftiger Umfang anhand der Zeitreihen bis 1995 noch nicht abzusehen ist. Die in der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder ermittelten Ist-Zahlen zeigen einen Rückgang der Erwerbstätigkeit im Bauhauptgewerbe um fast 6 % allein von 1994 auf 1995. In den geglätteten Reihen der Prognose wirkt sich dieser Umschwung natürlich noch nicht so drastisch aus. Positive Impulse im Baubereich kommen von den Wirtschaftszweigen des Ausbaugewerbes, die schon in der Vergangenheit die Beschäftigungssituation im Baubereich stabilisiert hatten. Die Prognose geht von einem leichten Rückgang im Baugewerbe insgesamt aus, wobei die rückläufigen Tendenzen im Bauhauptgewerbe und der ansteigende Trend im Ausbaugewerbe dazu führen, dass sich deren relative Gewichte gegen Ende des Prognosezeitraumes deutlich verschoben haben: Die Beschäftigungsvolumina in den beiden Zweigen des Baugewerbes werden einander dann deutlich angenähert sein.

Banken und Versicherungen: Umkehr des langfristigen Trends zeichnet sich ab

Obwohl eine Branche mit zunehmender wirtschaftlicher Bedeutung, kann der Bereich der Finanzdienstleistungen aufgrund des steigenden Wettbewerbsdrucks und der technischen Möglichkeiten der modernen Informationsgesellschaft keine Perspektive auf größere Beschäftigungseffekte eröffnen. Bei den Kreditinstituten wird wegen der zunehmenden Automatisierung von Grundfunktionen des Bankgeschäftes seit längerem mit einer Ausdünnung der Filialnetze und einem Abbau der Personalbestände gerechnet. Hier zeigt sich im letzten Jahr der Rohdatenreihe (1995) nach einer langen Zeit

des Beschäftigungsanstieges bereits ein Rückgang um fast 3 %. Dieser Umschwung im allerletzten Beobachtungsjahr wird durch die Glättung, welche der eigentlichen Prognoserechnung vorausgeht, natürlich stark abgemildert. In der Versicherungsbranche dagegen ist schon zwei Jahre vorher eine Trendumkehr in der Rohdatenreihe zu erkennen, und auch die geglätteten Werte zeigen an diesem Punkt bereits einen leichten Höcker. Zunächst resultiert die Trendfortschreibung jedoch in einer annähernd unveränderten Beschäftigungslage im Bereich der Finanzdienstleistungen.

Nicht alle Dienstleistungen sind Hoffnungsträger für den Arbeitsmarkt

Insgesamt gesehen sind die Beschäftigungschancen der Zukunft zwar vor allem im tertiären Sektor zu suchen. Aber nicht alle Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich werden hierzu beitragen können. Dies ist teilweise das Ergebnis von Sonderfaktoren – der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ etwa wird geprägt von der Deregulierung und Privatisierung der früheren Monopolunternehmen Post und Bahn. Der hiermit verbundene Personalabbau kann von den anderen im selben Wirtschaftsbereich subsumierten Wirtschaftszweigen nicht kompensiert werden. Es ist daher insgesamt von einem Rückgang der Beschäftigung bei „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ um knapp 6 % auszugehen. Aber auch ein Dienstleistungszweig, der nicht durch das Fallen staatlicher Monopole geprägt ist, muss keine „job engine“ sein. Der Handel etwa zeigt zwar eine differenzierte, insgesamt aber leicht abnehmende Tendenz. Beim Großhandel ist in letzter Zeit ein Beschäftigungsabbau zu konstatieren, während die – quantitativ nicht so bedeutsame – Handelsvermittlung deutliche Wachstumstendenzen aufweist. Der Einzelhandel insgesamt als zahlenmäßig stärkster Handelsbereich stagniert, wobei die einzelnen Einzelhandels-

Erwerbstätige am Arbeitsort 1995-2010 nach Regionen

Jahr	Insgesamt	Mittelrhein- Westerwald	Trier	Rheinhesen- Nahe	Rheinpfalz	Westpfalz
1 000						
1995	1 490,4	459,0	189,7	320,2	332,5	188,9
1998	1 482,8	461,8	188,8	316,9	329,3	185,9
2001	1 476,9	464,7	188,0	314,0	326,6	183,5
2004	1 471,8	465,1	187,1	312,5	325,2	181,9
2007	1 467,3	463,7	186,3	312,1	324,5	180,7
2010	1 463,3	462,4	185,6	311,7	323,9	179,6
Messzahlen: 1995 = 100						
1998	99,5	100,6	99,5	99,0	99,0	98,4
2001	99,1	101,2	99,1	98,1	98,2	97,1
2004	98,8	101,3	98,6	97,6	97,8	96,3
2007	98,5	101,0	98,2	97,5	97,6	95,6
2010	98,2	100,8	97,8	97,3	97,4	95,1

zweige unterschiedliche Tendenzen aufweisen. Die Extrapolation ergibt ein weiteres Anwachsen der Handelsvermittlung um fast 20 % bis 2010 sowie eine leichte Schrumpfung des Einzelhandels und einen stärkeren Rückgang des Großhandels, was für den Wirtschaftsbe-
reich Handel insgesamt ein fast unverändertes Beschäftigungsvolumen erwarten lässt.

Gute Aussichten für ein Beschäftigungswachstum existieren dagegen in denjenigen Wirtschaftszweigen, die man im engeren Sinne als Dienstleistungen bezeichnet. Hierbei handelt es sich um die Dienstleistungen durch Unternehmen und freie Berufe sowie durch Organisationen ohne Erwerbscharakter. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden alle unter diesem Dach zusammengefassten Wirtschaftszweige weiter wachsen. Insgesamt könnten bis 2010 über 46 000 neue Arbeitsplätze in diesen Branchen entstehen. Prägnante Rückgänge werden nur im Verlagsgewerbe und bei den Beschäftigten in Privathaushalten erwartet. Herausragende Zuwächse sind für die – kommerziellen und gemeinnützigen – Heime zu erwarten, was natürlich eng mit den derzeit stattfindenden Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung zusammenhängt. Ebenfalls weiter steigen wird die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich „Bildung, Wissenschaft, Kultur, Unterhaltung“ sowie im Gesundheitswesen. Auch hier profitieren kommerzielle und gemeinnützige Dienstleister gleichermaßen von gestiegenen Bedürfnissen bei der Aus- und Weiterbildung, anspruchsvollen Konsumgewohnheiten und Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur. Ein zukunftssträchtiges Feld bilden auch die unternehmensorientierten Dienstleistungen, worunter zum Beispiel Beratungs-, Planungs- oder Werbedienste zu verstehen sind. Hier haben verschiedene Entwicklungstrends Marktnischen geschaffen, in denen Serviceunternehmen expandieren konnten: der wachsende Komplexitätsgrad juristischer oder verwaltungstechnischer Regelungen in verschiedenen Bereichen, die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft mit der Notwendigkeit des Operierens auf wenig vertrauten Märkten, oder die Tendenz zum „Outsourcing“, d.h. zum Auslagern bestimmter Unternehmensfunktionen auf externe selbständige Kontraktpartner.

Anders sieht es im öffentlichen Bereich und bei den Sozialversicherungsträgern aus. Hier sind insgesamt keine Wachstumsperspektiven zu sehen. Zwar gibt es einzelne Zweige, in denen die geglätteten Beschäftigungstrends noch ansteigen: die soziale Sicherung, die öffentliche Sicherheit, Teile des Gesundheits- und Bildungswesens, die kommunalen Gemeinschaftsdienste. Insgesamt aber wird für den öffentlichen Bereich ein leichter Rückgang erwartet. Die mit dem Streitkräfteabbau verbundenen Arbeitsplatzverluste dürften jedoch größtenteils abgeschlossen sein.

Regionale Entwicklung auf dem Land günstiger als in den Städten

Im allgemeinen wird für die Landkreise in Rheinland-Pfalz eine günstigere Entwicklung erwartet als in den kreisfreien Städten. In einigen Wirtschaftsbereichen – wie Baugewerbe und Handel – zeigen die Trends geradezu gegenläufige Entwicklungen: Einem Arbeitsplatzabbau in den Städten steht eine Expansion auf dem Land gegenüber. In anderen Branchen zeigen die Landkreise geringere Schrumpfungstendenzen (Verkehr, Nachrichtenübermittlung) bzw. ein stärkeres Wachstum (kommerzielle und gemeinnützige Dienstleistungen) als die Städte. Betrachtet man die fünf landesplanerischen Regionen, so schneidet die Region Mittelrhein-Westerwald am besten ab. Sie ist die einzige, für die im 15-Jahres-Prognosezeitraum ein – wenn auch sehr bescheidener – Anstieg der Erwerbstätigenzahl erwartet wird. Am anderen Ende der Skala liegt – wie bei der letzten Prognose zum Basisjahr 1993 – wiederum die Westpfalz, die sowohl vom Niedergang der Schuhindustrie als auch von den Arbeitsplatzverlusten im Gefolge des Streitkräfteabbaus stark betroffen ist. Allerdings ist der Abstand zwischen der Westpfalz und den anderen Regionen bei der neuen Vorausschätzung zum Basisjahr 1995 nicht mehr ganz so ausgeprägt wie bei dem vorherigen Prognosedurchlauf.

Dr. Matthias Hauk

Das gesamtwirtschaftliche Anlagevermögen 1970 bis 1996

Das im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte gesamtwirtschaftliche Anlagevermögen stellt einen wesentlichen Teil des produktiv genutzten Sachvermögens einer Volkswirtschaft dar. Höhe, Struktur und Entwicklung der Produktionsanlagen sind von entscheidender Bedeutung für die gesamtwirtschaftlichen Produktionsbedingungen und somit für die Leistungskraft eines Landes. Die in der Vermögensrechnung erzeugten Bestandsdaten liefern zusammen mit den Zahlen über die Erwerbstätigen Informationen über den Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit. Die Rechnung ist eng verknüpft mit den in der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts ermittelten Stromgrößen über gesamtwirtschaftliche Vorgänge. So ist das Anlagevermögen inhaltlich ebenso abgegrenzt wie die Anlageinvestitionen und die Vermögenszugänge entsprechen den Bruttoanlageinvestitionen in der Verwendungsrechnung.

Begriffe der Vermögensrechnung

Zum Vermögensbestand zählen demnach alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel (Ausrüstungen und Bauten) mit Ausnahme militärischer Anlagen und dauerhafter Güter der privaten Haushalte. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Zu den Ausrüstungen gehören Maschinen, maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen, Fahrzeuge u. Ä.; die Bauten umfassen Gebäude und sonstige Bauwerke, wie z. B. Straßen, Brücken, Tunnels, Flugplätze und Kanäle. Wohngebäude bzw. Wohnungen zählen auch dann zum Anlagevermögen der Unternehmen, wenn sie sich im Eigentum von privaten Haushalten befinden; sie werden dem Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung zugeordnet. Nicht zum Anlagevermögen gehören nichtreproduzierbare Vermögensgüter wie Grund und Boden, Bodenschätze oder Wasserreserven. Bei bebauten Grundstücken wird somit nur der Gebäudewert, nicht der Wert des Grundstücks berücksichtigt. Auch immaterielle Anlagewerte (z. B. Computerprogramme, Urheberrechte, Patente) und Finanzanlagen zählen nicht zum Anlagevermögen. Außerdem werden die Vorratsbestände nicht einbezogen.¹⁾

Da über die Anlagevermögensbestände keine statistischen Erhebungen vorliegen, werden die Angaben indirekt nach der so genannten perpetual-inventory-method berechnet. Bei dieser Kumulationsmethode wird davon ausgegangen, dass sich der heute vorhandene Vermögensbestand aus den Zugängen (Investitionen) in der Vergangenheit unter Berücksichtigung der Abgänge zusammensetzt. Die Berechnung des Anlagevermögens erfolgt sowohl nach dem Brutto- als auch nach dem Nettokzept. Die nachgewiesenen Werte unterscheiden sich durch die kumulierten Abschrei-

bungen, die für den Zeitraum von der Anschaffung bis zum Berichtszeitpunkt auf alle noch im Bestand befindlichen Anlagegüter entfallen. Abschreibungen sind ein kalkulatorischer Posten, der die Wertminderung des Anlagevermögens durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten im Berichtszeitraum misst. Im Bruttoanlagevermögen sind somit die Anlagegüter für die gesamte Dauer ihrer Nutzung mit ihrem Neuwert enthalten, dagegen sinkt der Wert der Güter beim Nettokzept laufend um die jeweiligen Abschreibungen bis zum völligen Ausscheiden aus dem Bestand. Das Verhältnis von Netto- zu Bruttoanlagevermögen wird als Modernitätsgrad bezeichnet. Da dieses Maß den Anteil des noch nicht abgeschriebenen Vermögens am Neuwert ausdrückt, ist der Wert umso höher, je „moderner“ das Anlagevermögen ist.

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgt entweder zu Wiederbeschaffungspreisen oder in konstanten Preisen. Zur Darstellung des zum Berichtszeitpunkt geltenden Wertes des Anlagevermögens werden die Güter mit Wiederbeschaffungspreisen bewertet, worunter der Betrag zu verstehen ist, der hätte gezahlt werden müssen, wenn die Anlagen zu diesem Zeitpunkt neu beschafft worden wären. Die Ausschaltung von Preisänderungen durch die einheitliche Bewertung aller Anlagegüter mit Preisen eines bestimmten Basisjahres, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Anschaffung bzw. von ihrer bisherigen Nutzungsdauer, erlaubt die Darstellung der realen bzw. mengenmäßigen Entwicklung des Anlagevermögens.

Je nach dem Verwendungszweck der Ergebnisse unterscheidet sich die Aussagekraft der unterschiedlichen Konzepte. So ist das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen für den Nachweis des Vermögensbestandes geeignet, da es am ehesten den wirtschaftlichen Gegenwartswert des reproduzierbaren Anlagevermögens wiedergibt. Dagegen zeigt das Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, welcher Betrag zum Berichtszeitpunkt zu zahlen wäre, wenn alle vorhandenen Anlagen als neue Güter zu beschaffen wären. Zur Darstellung der zeitlichen Entwicklung sowie zur Analyse von Produktionsprozessen eignen sich eher die Ergebnisse in konstanten Preisen. Das Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen wird zur Berechnung von Kennziffern wie Produktionspotenzial, Kapitalintensität, Kapitalproduktivität und Kapitalkoeffizient verwendet. Dabei wird der Kapitalstock eingesetzt, der dem Bruttoanlagevermögen im Jahresdurchschnitt entspricht.

Unter dem Produktionspotenzial versteht man die wirtschaftliche Leistung, die bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten hätte erzielt werden können, wobei der Kapitalstock einen der Bestimmungsfaktoren darstellt. Der Kapitalkoeffizient (Kapitalstock/Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung) misst den Kapitaleinsatz im Verhältnis zum realen Produktionsergebnis. Der reziproke Wert, die Kapitalproduktivität (Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung/Kapitalstock), zeigt das Verhältnis zwischen Produktionsergebnis und dem Produktionsfaktor Kapital, analog der Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung/Erwerbstätige), die die durchschnitt-

1) Mit der in diesem Jahr anstehenden Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das revidierte Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) werden auch inhaltliche Änderungen bei den Investitionen und Abschreibungen und somit beim Anlagevermögen wirksam. Danach gehören für zivile Zwecke nutzbare militärische Ausrüstungen und Bauten zu den Anlageinvestitionen und sind auch abzuschreiben. Des weiteren sollen immaterielle Vermögensgüter sowie der Wert des natürlichen Wachstums von Nutztierbeständen und Nutzpflanzen einbezogen werden.

liche wirtschaftliche Leistung eines Erwerbstätigen darstellt. Die Kapitalintensität (Kapitalstock / Erwerbstätige) setzt die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit ins Verhältnis und repräsentiert somit den Neuwert der durchschnittlich je Erwerbstätigen eingesetzten Produktionsanlagen.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Vermögensrechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ von 1970 bis 1996 dargestellt. Die Werte sind auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Herbst 1997 abgestimmt. Nicht enthalten in der folgenden Ergebnisdarstellung ist der öffentliche Tiefbau (z. B. Straßen, Brücken, Tunneln, Häfen, Kanäle), da diese dem Staat zuzuordnenden Vermögenswerte nicht nur in diesem Sektor eingesetzt werden, sondern überwiegend als Infrastruktureinrichtungen der allgemeinen Nutzung dienen; außerdem werden die öffentlichen Tiefbauten internationalen Konventionen zufolge bisher nicht abgeschrieben, so dass eine Nettodarstellung nicht möglich ist.²⁾

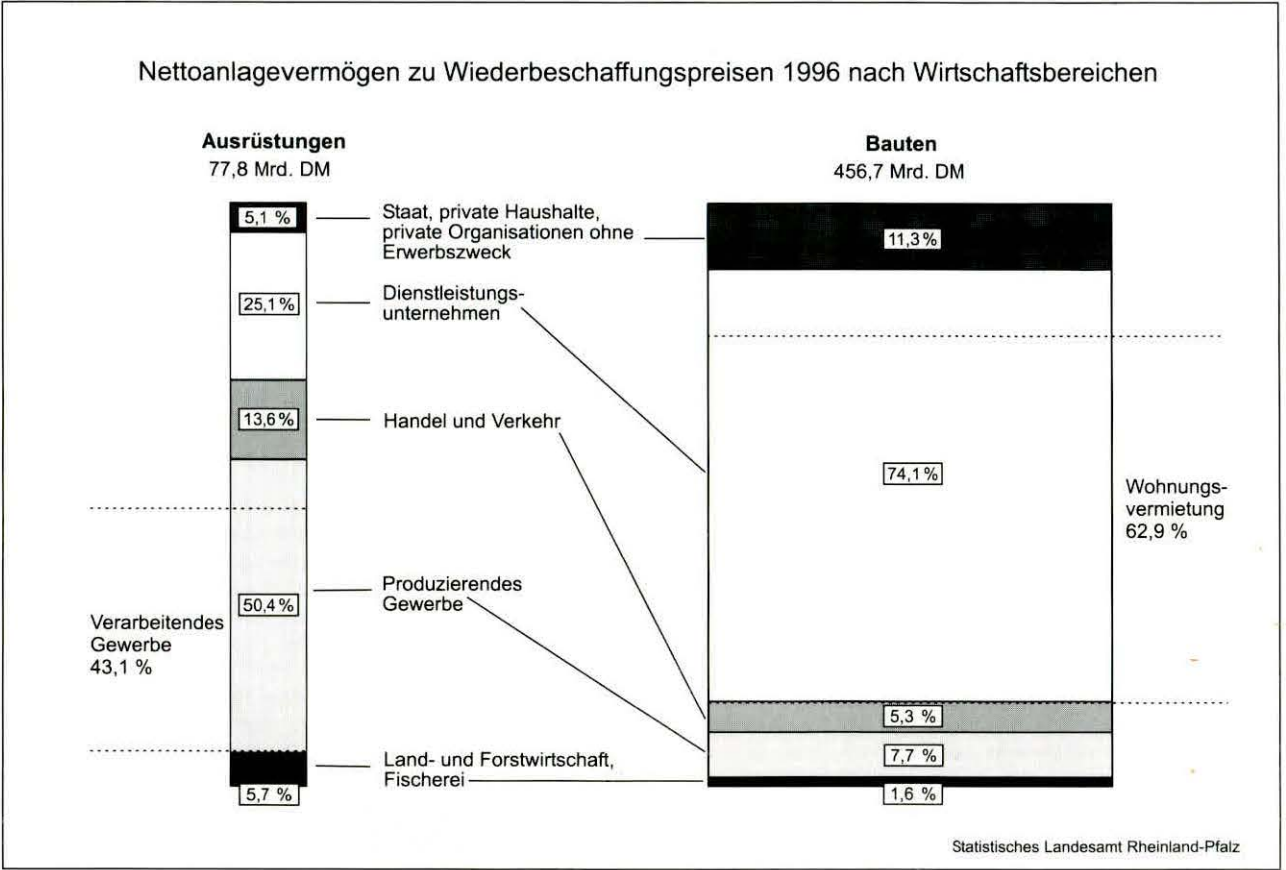
Wohnungsvermögen macht rund 54 % des Nettoanlagevermögens aus

Wie bereits erwähnt, stellt das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen den bestmöglichen Schätzwert für den Zeitwert der Anlagen dar. Der Gegenwartswert des produktiv eingesetzten Vermögens, das einen wesentlichen Anteil am Volksvermögen

ausmacht, betrug Anfang 1996 in Rheinland-Pfalz 534,5 Mrd. DM. Im Jahr 1996 bestand das Nettoanlagevermögen zu gut 85 % aus Bauten und zu knapp 15 % aus Ausrüstungen. 1970 hatte der Anteil der Ausrüstungen am Anlagevermögen noch gut 19 % betragen.

Die Zunahme des Bauvermögens von 1970 bis 1996 war wesentlich stärker (+550 %) als die des Ausrüstungsvermögens (+367 %), insbesondere durch den überdurchschnittlichen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Wohnungsvermögens, wie die Darstellung nach Wirtschaftsbereichen zeigt. Obwohl er zum Unternehmenssektor gehört, werden im Bereich Wohnungsvermietung nicht nur Wohnungen im Eigentum von Unternehmen nachgewiesen, sondern auch alle Wohnungen des Staates, der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der privaten Haushalte einschließlich der durch die Eigentümer selbst genutzten Wohnungen. Insgesamt belief sich der Wert der rheinland-pfälzischen Wohnungen Anfang 1996 auf 287,2 Mrd. DM. Damit machte das Wohnungsvermögen allein 53,7 % des gesamten Nettoanlagevermögens und sogar gut 62,9 % des Bauvermögens aus. Auf den übrigen Unternehmensbereich ohne Wohnungsvermietung entfielen weitere 25,8 % des Bauvermögens und auf den Sektor Staat 11,3 %. Besonders dynamisch verlief die Entwicklung des Bauvermögens seit 1970 bei den Dienstleistungsunternehmen ohne Wohnungsvermietung (+1 013 %), unterdurchschnittlich dagegen in der Land- und Forstwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe. Letzterer Bereich ist auch der einzige, in dem das Ausrüstungsvermögen höher ist als das Bauvermögen. Während auf das Verarbeitende Gewerbe 1996 nur gut 11 % des Bauvermögens ohne Wohnungsvermie-

2) Nach dem ESVG 1995 sind diese Anlagenwerte in Zukunft auch abzuschreiben.



Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen 1970 - 1996

Jahr ¹⁾	Insgesamt	Unternehmen								Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
		zusammen	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung						Wohnungsvermietung	
			zusammen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung)		
					zusammen	darunter Verarbeitendes Gewerbe				
Anlagen (Mill. DM)										
1970	86 870	77 802	37 380	4 214	19 618	14 970	7 735	5 813	40 422	9 067
1975	153 771	137 121	64 469	6 263	33 004	25 157	13 610	11 592	72 652	16 651
1980	230 004	204 477	91 819	8 257	42 844	31 992	19 384	21 334	112 658	25 527
1985	313 195	278 556	121 008	9 932	52 492	38 827	23 789	34 795	157 548	34 638
1990	384 962	342 823	146 327	10 331	61 005	44 413	27 737	47 254	196 497	42 139
1995	518 981	464 378	188 841	11 709	74 591	53 265	34 533	68 008	275 536	54 604
1996	534 504	478 883	191 722	11 641	74 338	52 808	34 767	70 976	287 161	55 620
1970 = 100										
1975	177	176	172	149	168	168	176	199	180	184
1980	265	263	246	196	218	214	251	367	279	282
1985	361	358	324	236	268	259	308	599	390	382
1990	443	441	391	245	311	297	359	813	486	465
1995	597	597	505	278	380	356	446	1 170	682	602
1996	615	616	513	276	379	353	449	1 221	710	613
Anteil der Wirtschaftsbereiche (%)										
1970	100	89,6	43,0	4,9	22,6	17,2	8,9	6,7	46,5	10,4
1975	100	89,2	41,9	4,1	21,5	16,4	8,9	7,5	47,2	10,8
1980	100	88,9	39,9	3,6	18,6	13,9	8,4	9,3	49,0	11,1
1985	100	88,9	38,6	3,2	16,8	12,4	7,6	11,1	50,3	11,1
1990	100	89,1	38,0	2,7	15,8	11,5	7,2	12,3	51,0	10,9
1995	100	89,5	36,4	2,3	14,4	10,3	6,7	13,1	53,1	10,5
1996	100	89,6	35,9	2,2	13,9	9,9	6,5	13,3	53,7	10,4
Ausrüstungen (Mill. DM)										
1970	16 656	15 877	15 877	1 760	10 111	8 193	2 813	1 193	-	779
1975	28 848	27 351	27 351	2 627	17 815	14 596	4 424	2 486	-	1 496
1980	39 493	37 294	37 294	3 510	22 413	18 708	5 793	5 579	-	2 199
1985	52 078	49 188	49 188	4 469	27 761	23 407	7 369	9 589	-	2 890
1990	62 617	59 273	59 273	4 317	32 684	27 896	8 793	13 478	-	3 344
1995	77 650	73 659	73 659	4 463	39 196	33 575	10 885	19 115	-	3 990
1996	77 846	73 870	73 870	4 425	39 262	33 590	10 605	19 577	-	3 976
1970 = 100										
1975	173	172	172	149	176	178	157	208	-	192
1980	237	235	235	199	222	228	206	468	-	282
1985	313	310	310	254	275	286	262	804	-	371
1990	376	373	373	245	323	341	313	1 130	-	429
1995	466	464	464	254	388	410	387	1 590	-	512
1996	467	465	465	251	388	410	377	1 641	-	510
Anteil der Wirtschaftsbereiche (%)										
1970	100	95,3	95,3	10,6	60,7	49,2	16,9	7,2	-	4,7
1975	100	94,8	94,8	9,1	61,8	50,6	15,3	8,6	-	5,2
1980	100	94,4	94,4	8,9	56,8	47,4	14,7	14,1	-	5,6
1985	100	94,5	94,5	8,6	53,3	44,9	14,1	18,4	-	5,5
1990	100	94,7	94,7	6,9	52,2	44,6	14,0	21,5	-	5,3
1995	100	94,9	94,9	5,7	50,5	43,2	14,0	24,6	-	5,1
1996	100	94,9	94,9	5,7	50,4	43,1	13,6	25,1	-	5,1
Bauten (Mill. DM)										
1970	70 214	61 925	21 503	2 454	9 508	6 778	4 921	4 620	40 422	8 289
1975	124 924	109 769	37 118	3 636	15 190	10 561	9 185	9 107	72 652	15 154
1980	190 511	167 182	54 524	4 747	20 431	13 284	13 591	15 755	112 658	23 329
1985	261 116	229 369	71 821	5 463	24 731	15 420	16 421	25 206	157 548	31 748
1990	322 345	283 550	87 053	6 013	28 321	16 517	18 944	33 775	196 497	38 795
1995	441 331	390 718	115 182	7 246	35 395	19 690	23 649	48 893	275 536	50 613
1996	456 657	405 013	117 852	7 216	35 075	19 218	24 162	51 399	287 161	51 644
1970 = 100										
1975	178	177	173	148	160	156	187	197	180	183
1980	271	270	254	193	215	196	276	341	279	281
1985	372	370	334	223	260	228	334	546	390	383
1990	459	458	405	245	298	244	385	731	486	468
1995	629	631	536	295	372	290	481	1 058	682	611
1996	650	654	548	294	369	284	491	1 113	710	623
Anteil der Wirtschaftsbereiche (%)										
1970	100	88,2	30,6	3,5	13,5	9,7	7,0	6,6	57,6	11,8
1975	100	87,9	29,7	2,9	12,2	8,5	7,4	7,3	58,2	12,1
1980	100	87,8	28,6	2,5	10,7	7,0	7,1	8,3	59,1	12,2
1985	100	87,8	27,5	2,1	9,5	5,9	6,3	9,7	60,3	12,2
1990	100	88,0	27,0	1,9	8,8	5,1	5,9	10,5	61,0	12,0
1995	100	88,5	26,1	1,6	8,0	4,5	5,4	11,1	62,4	11,5
1996	100	88,7	25,8	1,6	7,7	4,2	5,3	11,3	62,9	11,3

1) 1995 und 1996 vorläufige Ergebnisse.

tung entfielen, konzentrieren sich auf diesen Wirtschaftsbereich gut 43 % des gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsvermögens. Anfang der siebziger Jahre hatte der Anteil sogar rund die Hälfte betragen. Wie beim Bauvermögen entwickelte sich auch das Ausrüstungsvermögen der Dienstleistungsunternehmen besonders expansiv. Seit 1970 ist der Wert auf mehr als das Sechzehnfache gestiegen, der Anteil der Dienstleistungsunternehmen hat dadurch von 7,2 auf 25,1 % zugenommen.

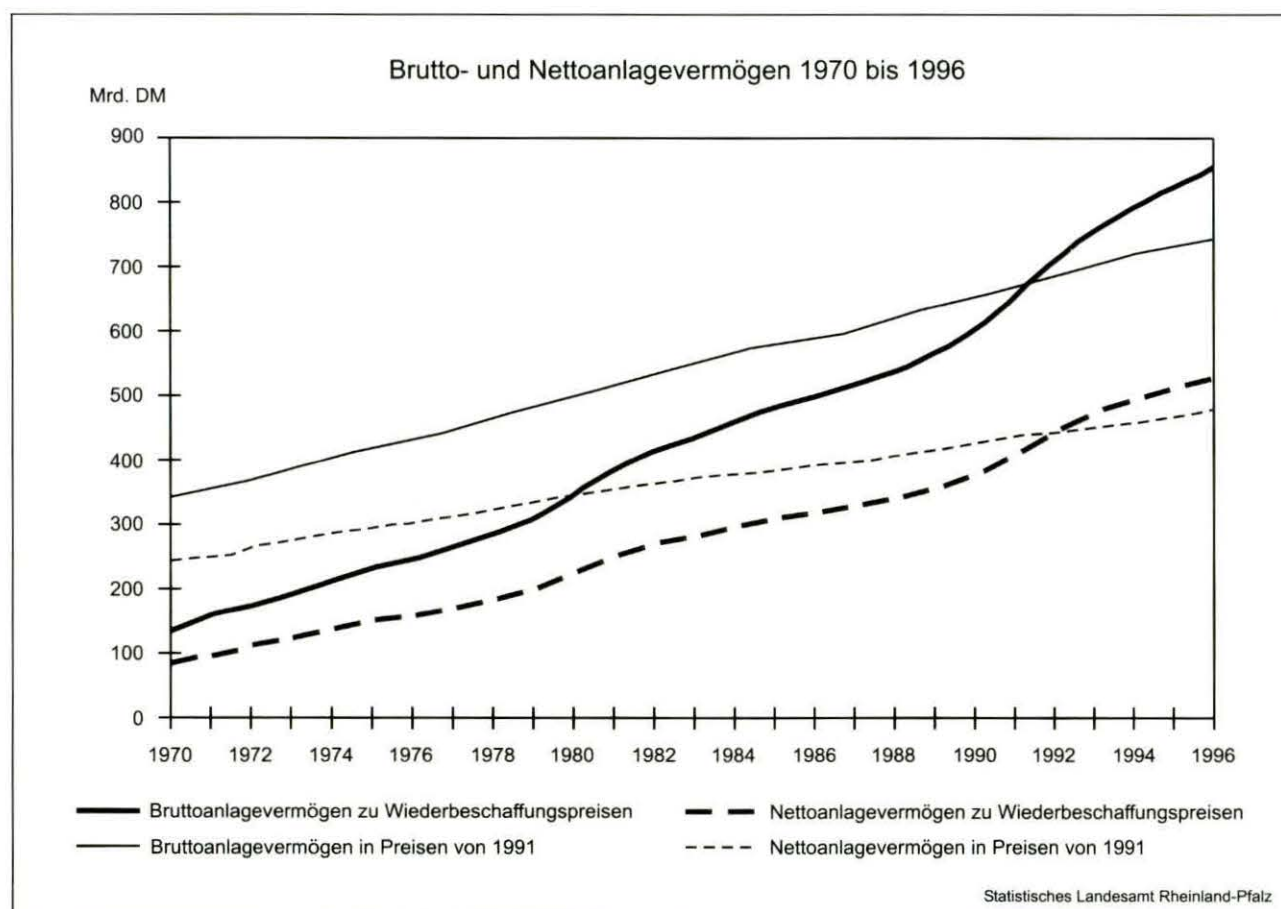
Bruttoanlagevermögen deutlich gestiegen

Während bei der Nettodarstellung der kontinuierliche Wertverlust der Anlagen im Laufe der Zeit durch die kumulierten Abschreibungen berücksichtigt wird, erfolgt beim Bruttokonzept eine Verminderung des Anlagenwertes erst durch die Abgänge zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Bestand. Für Analysen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen ist der Bruttowert aussagekräftiger, da die Anlagen für die Produktion bis zum Ausscheiden zur Verfügung stehen, unabhängig von der steuer- und handelsbilanzrelevanten Wertminderung durch kalkulatorische Abschreibungen.

Das Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, das den Neuwert der vorhandenen Anlagen widerspiegelt, betrug Anfang 1996 in Rheinland-Pfalz 842,8 Mrd. DM. Gegenüber 1970 ist der Betrag, der ausgegeben werden müsste, um alle vorhandenen Anlagen

durch neue Güter zu ersetzen, nominal auf mehr als das Sechseinhalbfache gestiegen. Diese Zunahme ist teilweise auf das reale mengenmäßige Wachstum des Anlagenbestandes (Saldo aus Zugängen abzüglich Abgängen) zurückzuführen, der Rest beruht auf Preissteigerungen. Die reale Entwicklung des Produktivvermögens ohne Einfluss von Preisentwicklungen und unabhängig davon, in welchem Ausmaß die Anlagen bereits abgeschrieben sind, ist zu erkennen an der Bewertung des Bruttoanlagevermögens in Preisen von 1991: Dieser Wert lag Anfang 1996 mit 751,2 Mrd. DM mehr als doppelt so hoch wie 1970. Der reale Zuwachs der für Produktionszwecke zur Verfügung stehenden Anlagen seit 1970 betrug 412,6 Mrd. DM bzw. durchschnittlich knapp 16 Mrd. DM pro Jahr. In den Jahren 1976 sowie 1986 bis 1988 übertrafen die Zugänge die Abgänge nur um gut 13 bis 14 Mrd. DM, 1973/74, 1981 und 1991/92 betrug das jährliche Wachstum des Anlagevermögens dagegen rund 18 Mrd. DM.

Ausrüstungs- und Bauvermögen sind in den 26 Jahren etwa im gleichen Ausmaß gestiegen, so dass die Zusammensetzung des Vermögensbestandes diesbezüglich nahezu unverändert blieb, nämlich zu vier Fünfteln auf Bauten und knapp einem Fünftel auf Ausrüstungen beruhte. Wenn sich bei der Berechnung zu Wiederbeschaffungspreisen sowohl nach dem Brutto- als auch dem Nettokonzept (wie oben dargestellt) ein Rückgang des Ausrüstungsvermögensanteils ergibt, dann bedeutet dies, dass das größere wertmäßige Wachstum des Bauvermögens auf stärkere Preissteigerungen zurückzuführen ist. Allerdings verlief auch in konstanten Prei-



Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen¹⁾ 1970 - 1996

Jahr ²⁾	Insgesamt	Unternehmen								Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
		zusammen	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung						Wohnungsvermietung	
			zusammen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung)		
		zusammen			darunter Verarbeitendes Gewerbe					
Anlagen (Mill. DM)										
1970	338 567	303 511	141 122	20 288	73 393	57 797	27 716	19 725	162 389	35 056
1975	421 999	377 250	180 251	21 643	94 807	74 875	35 499	28 302	196 999	44 749
1980	500 291	446 774	213 370	22 653	106 970	83 860	42 256	41 491	233 404	53 518
1985	579 229	517 553	244 199	23 281	114 933	88 972	47 510	58 475	273 354	61 676
1990	651 194	582 570	271 373	22 736	121 796	93 223	52 139	74 701	311 198	68 623
1995	734 795	660 128	305 977	21 939	131 733	99 725	58 178	94 127	354 151	74 667
1996	751 204	675 586	311 009	21 709	132 061	99 686	58 923	98 316	364 577	75 618
1970 = 100										
1975	125	124	128	107	129	130	128	143	121	128
1980	148	147	151	112	146	145	152	210	144	153
1985	171	171	173	115	157	154	171	296	168	176
1990	192	192	192	112	166	161	188	379	192	196
1995	217	217	217	108	179	173	210	477	218	213
1996	222	223	220	107	180	172	213	498	225	216
Anteil der Wirtschaftsbereiche (%)										
1970	100	89,6	41,7	6,0	21,7	17,1	8,2	5,8	48,0	10,4
1975	100	89,4	42,7	5,1	22,5	17,7	8,4	6,7	46,7	10,6
1980	100	89,3	42,6	4,5	21,4	16,8	8,4	8,3	46,7	10,7
1985	100	89,4	42,2	4,0	19,8	15,4	8,2	10,1	47,2	10,6
1990	100	89,5	41,7	3,5	18,7	14,3	8,0	11,5	47,8	10,5
1995	100	89,8	41,6	3,0	17,9	13,6	7,9	12,8	48,2	10,2
1996	100	89,9	41,4	2,9	17,6	13,3	7,8	13,1	48,5	10,1
Ausrüstungen (Mill. DM)										
1970	65 318	62 430	62 430	7 861	40 417	32 838	10 888	3 265	-	2 887
1975	86 523	82 260	82 260	8 988	54 287	44 479	13 151	5 834	-	4 263
1980	102 229	96 769	96 769	9 827	60 892	50 622	14 872	11 178	-	5 461
1985	114 229	107 956	107 956	10 253	63 940	53 774	16 077	17 686	-	6 273
1990	125 183	118 466	118 466	9 595	66 946	57 015	17 385	24 541	-	6 717
1995	143 853	136 506	136 506	8 839	73 257	62 769	20 569	33 841	-	7 347
1996	145 625	138 249	138 249	8 620	73 842	63 333	20 616	35 170	-	7 376
1970 = 100										
1975	132	132	132	114	134	135	121	179	-	148
1980	157	155	155	125	151	154	137	342	-	189
1985	175	173	173	130	158	164	148	542	-	217
1990	192	190	190	122	166	174	160	752	-	233
1995	220	219	219	112	181	191	189	1 036	-	254
1996	223	221	221	110	183	193	189	1 077	-	255
Anteil der Wirtschaftsbereiche (%)										
1970	100	95,6	95,6	12,0	61,9	50,3	16,7	5,0	-	4,4
1975	100	95,1	95,1	10,4	62,7	51,4	15,2	6,7	-	4,9
1980	100	94,7	94,7	9,6	59,6	49,5	14,5	10,9	-	5,3
1985	100	94,5	94,5	9,0	56,0	47,1	14,1	15,5	-	5,5
1990	100	94,6	94,6	7,7	53,5	45,5	13,9	19,6	-	5,4
1995	100	94,9	94,9	6,1	50,9	43,6	14,3	23,5	-	5,1
1996	100	94,9	94,9	5,9	50,7	43,5	14,2	24,2	-	5,1
Bauten (Mill. DM)										
1970	273 249	241 080	78 691	12 427	32 977	24 959	16 828	16 460	162 389	32 169
1975	335 476	294 990	97 991	12 655	40 520	30 396	22 348	22 467	196 999	40 486
1980	398 062	350 005	116 601	12 826	46 078	33 238	27 383	30 313	233 404	48 057
1985	464 999	409 597	136 242	13 028	50 993	35 197	31 434	40 788	273 354	55 403
1990	526 011	464 104	152 907	13 142	54 850	36 208	34 755	50 160	311 198	61 907
1995	590 942	523 622	169 471	13 099	58 476	36 955	37 610	60 286	354 151	67 320
1996	605 579	537 337	172 760	13 089	58 219	36 354	38 307	63 145	364 577	68 241
1970 = 100										
1975	123	122	125	102	123	122	133	136	121	126
1980	146	145	148	103	140	133	163	184	144	149
1985	170	170	173	105	155	141	187	248	168	172
1990	193	193	194	106	166	145	207	305	192	192
1995	216	217	215	105	177	148	223	366	218	209
1996	222	223	220	105	177	146	228	384	225	212
Anteil der Wirtschaftsbereiche (%)										
1970	100	88,2	28,8	4,5	12,1	9,1	6,2	6,0	59,4	11,8
1975	100	87,9	29,2	3,8	12,1	9,1	6,7	6,7	58,7	12,1
1980	100	87,9	29,3	3,2	11,6	8,3	6,9	7,6	58,6	12,1
1985	100	88,1	29,3	2,8	11,0	7,6	6,8	8,8	58,8	11,9
1990	100	88,2	29,1	2,5	10,4	6,9	6,6	9,5	59,2	11,8
1995	100	88,6	28,7	2,2	9,9	6,3	6,4	10,2	59,9	11,4
1996	100	88,7	28,5	2,2	9,6	6,0	6,3	10,4	60,2	11,3

1) Preise von 1991. - 2) 1995 und 1996 vorläufige Ergebnisse.

sen bewertet die Entwicklung bei Ausrüstungs- und Bauvermögen in der Zeit seit 1970 nicht immer parallel. So ist in den siebziger Jahren der Bestand an Ausrüstungen relativ stärker gestiegen (+ 57 %) als das Bauvermögen (+ 46 %), in den achtziger Jahren war es umgekehrt (+ 22 bzw. + 32 %) und in den ersten sechs Jahren der neunziger Jahre verzeichnete wiederum das Ausrüstungsvermögen etwas höhere Zuwächse (+ 16 bzw. + 15 %).

In der weiteren Gliederung nach Wirtschaftsbereichen ist der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft auch in der Veränderung des Vermögensbestandes deutlich erkennbar. Das Ausrüstungsvermögen der Dienstleistungsunternehmen ist von 1970 bis 1996 real um 977 % gestiegen, im übrigen gewerblichen Bereich (Produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr) dagegen nur um 84 %. Der Zuwachs um 155 % beim Staat und bei den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck beruht vor allem auf dem starken Wachstum in den siebziger Jahren. In der Land- und Forstwirtschaft ist seit 1985 ein Rückgang des Ausrüstungsbestandes zu verzeichnen. Auch beim Bauvermögen entfiel die höchste Zuwachsrate auf die Dienstleistungsunternehmen ohne Wohnungsvermietung (+ 284 %), stark gewachsen ist es auch in den zum Produzierenden Gewerbe gehörenden Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau (+ 180 %) und Baugewerbe (+ 124 %) sowie im Handel und Verkehr (+ 128 %). Mehr als verdoppelt hat sich der Baubestand auch im Sektor Staat und in dem großen Bereich Wohnungsvermietung, fast unverändert blieb er in der Land- und Forstwirtschaft. Ähnlich der Struktur des Nettoanlage-

vermögens zu Wiederbeschaffungspreisen zeigt sich auch bei der Darstellung des realen Anlagenbestandes beim Bruttoausrüstungsvermögen eine Konzentration auf das Produzierende Gewerbe, auf das gut 50 % entfallen, und beim Bruttobauvermögen auf den Bereich Wohnungsvermietung mit einem Anteil von 60 %.

Modernitätsgrad gesunken

Für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist jedoch nicht nur der Umfang des Kapitalstocks und dessen sektorale Zusammensetzung von Bedeutung, sondern auch die Qualität des Produktivvermögens. Einen Anhaltspunkt dafür liefert der Modernitätsgrad, wenn man davon ausgeht, dass mit jüngeren modernen Produktionsanlagen der technische Fortschritt realisiert und eine höhere Produktivität der Arbeitsplätze ermöglicht wird.

Seit 1970 hat der Anteil des Nettoanlagevermögens am Bruttoanlagevermögen (beides in konstanten Preisen) deutlich abgenommen, was bedeutet, dass das Gewicht der Abschreibungen gestiegen ist und dadurch das Nettovermögen nicht so stark gewachsen ist wie das Bruttovermögen. Waren Anfang 1970 knapp 70 % des Neuwertes der Anlagen noch nicht abgeschrieben, betrug der Anteil 1996 nur noch 63,2 %. Der Modernitätsgrad ist sowohl beim Ausrüstungs- als auch beim Bauvermögen gesunken, jedoch ist die Wertminderung durch Nutzung und Alterung bei ersterem wesentlich größer, da Ausrüstungsgüter schneller abgeschrieben werden als Bauten, die eine wesentlich längere Lebens-

Modernitätsgrad¹⁾ 1970 - 1996

Jahr ²⁾	Insgesamt	Unternehmen								Staat, private Haushalte und private Organi- sationen ohne Erwerbs- zweck	
		zusammen	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung						Wohnungs- vermietung		
			zusammen	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr	Dienst- leistungs- unternehmen (ohne Wohnungs- vermietung)			
					zusammen	darunter Verarbei- tendes Gewerbe					
Anlagen											
1970	69,9	69,7	64,2	56,3	63,2	62,1	64,0	76,5	74,4	71,9	
1975	69,4	68,9	63,3	54,1	61,1	60,0	65,0	75,3	74,1	72,8	
1980	68,0	67,6	61,4	53,0	57,4	55,8	63,3	74,5	73,2	71,6	
1985	66,5	66,1	59,6	51,8	54,9	52,6	60,1	71,7	71,9	69,7	
1990	65,0	64,6	58,4	49,7	53,9	51,2	57,7	69,0	70,1	67,6	
1995	63,4	63,2	57,1	48,2	52,9	49,9	55,8	66,0	68,5	65,1	
1996	63,2	63,0	56,8	47,9	52,5	49,4	55,0	65,8	68,3	64,5	
Ausrüstungen											
1970	57,1	57,0	57,0	55,5	57,2	57,5	54,7	65,2	-	58,8	
1975	56,4	56,2	56,2	52,1	56,4	56,7	55,5	62,7	-	60,9	
1980	54,6	54,5	54,5	51,7	53,0	53,5	54,2	65,1	-	57,6	
1985	52,5	52,5	52,5	50,8	50,9	51,2	52,3	59,2	-	52,7	
1990	52,6	52,7	52,7	48,2	51,4	51,6	53,0	57,5	-	51,7	
1995	52,3	52,3	52,3	47,1	51,3	51,1	53,3	55,2	-	52,2	
1996	51,8	51,8	51,8	46,9	51,0	50,8	51,7	54,6	-	51,5	
Bauten											
1970	73,0	72,9	70,0	56,9	70,4	68,1	70,0	78,8	74,4	73,1	
1975	72,7	72,5	69,2	55,5	67,5	64,8	70,6	78,6	74,1	74,0	
1980	71,4	71,2	67,2	53,9	63,3	59,1	68,2	77,9	73,2	73,2	
1985	70,0	69,7	65,3	52,5	59,9	54,6	64,0	77,1	71,9	71,6	
1990	67,9	67,7	62,9	50,8	56,9	50,5	60,0	74,6	70,1	69,3	
1995	66,1	66,1	61,1	48,9	54,9	47,9	57,1	72,1	68,5	66,5	
1996	65,9	65,9	60,9	48,5	54,3	47,1	56,8	72,0	68,3	65,9	

1) Nettoanlagevermögen dividiert durch Bruttoanlagevermögen, beides in Preisen von 1991. - 2) 1995 und 1996 vorläufige Ergebnisse.

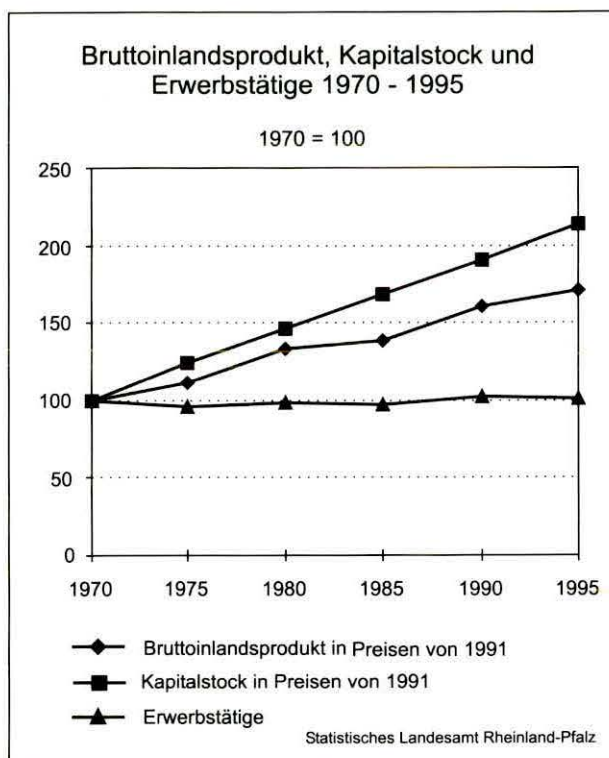
dauer haben: 1996 waren nur 51,8 % des Ausrüstungsvermögens noch nicht abgeschrieben, dagegen lagen die verbliebenen Nutzungsmöglichkeiten beim Bauvermögen mit 65,9 % wesentlich höher. Relativ alt waren die Ausrüstungsgüter in der Land- und Forstwirtschaft; 1996 betrugen die Abschreibungen bereits mehr als die Hälfte des Neuwertes. Ähnlich sieht es im Produzierenden Gewerbe aus. Relativ neu waren dagegen, insbesondere bis Mitte der achtziger Jahre, die Maschinen, Büroeinrichtungen, Geschäftsausstattungen u. Ä. der Dienstleistungsunternehmen. Auch bei den Bauten in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Verarbeitenden Gewerbe betrug die Wertminderung mehr als die Hälfte, während die Wohngebäude und die Gebäude der Dienstleistungsunternehmen und des Staates 1996 nur zu einem Drittel oder weniger abgeschrieben waren.

Kapitalintensivierung in allen Wirtschaftsbereichen

Bei der Bildung von volkswirtschaftlichen Kennziffern, die der Analyse von Produktionsprozessen dienen, wird üblicherweise der Kapitalstock, also das Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen im Jahresdurchschnitt, verwendet. Als Maßstab für den Output dient gesamtwirtschaftlich das reale Bruttoinlandsprodukt und für die einzelnen Wirtschaftsbereiche die reale Bruttowertschöpfung. In den 25 Jahren seit 1970 ist der Kapitalstock schneller gewachsen als das Produktionsergebnis. Während das Bruttoinlandsprodukt von 1970 bis 1995 in Rheinland-Pfalz um 71 % zunahm, ist der Kapitalstock um 114 % gestiegen. Das Verhältnis dieser beiden Größen, die Kapitalproduktivität bzw. der Kapitalkoeffizient, hat sich demnach verändert. Bei der Bildung dieser volkswirtschaftlichen Kennziffern ist zu beachten, dass das gesamte Produktionsergebnis nur auf einen Produktionsfaktor, hier das Kapital, bezogen wird, obwohl es das Resultat aus dem Zusammenspiel aller Produktionsfaktoren ist. Das gleiche gilt für die Darstellung der Arbeitsproduktivität, bei der das reale Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung auf die Erwerbstätigen bezogen wird.

Der Kapitalkoeffizient, der die Relation von Kapitaleinsatz zu Produktionsergebnis darstellt, lag 1970 bei 4,4. Dies bedeutet, dass der Neuwert der im Jahresdurchschnitt eingesetzten Produktionsanlagen mehr als viermal so groß war wie die 1970 in Rheinland-Pfalz erzeugten Waren und Dienstleistungen. Bis zum Jahr 1995 ist der Kapitalkoeffizient auf 5,5 gestiegen. Jeweils zu Beginn der siebziger, achtziger und neunziger Jahre war ein Anstieg des Kapitalkoeffizienten zu verzeichnen. In der zweiten Hälfte der siebziger und der achtziger Jahre ist der Wert dagegen wieder leicht zurückgegangen, da in diesen Phasen das Bruttoinlandsprodukt etwas schneller gewachsen war als der Kapitalstock.

In der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen ist deutlich zu erkennen, dass die bauintensiven zugleich die kapitalintensiven Branchen sind. So betrug der Kapitalstock im Bereich Wohnungsvermietung 1995 rund das 32fache der Bruttowertschöpfung und in der Land- und Forstwirtschaft das 9fache. Demgegenüber errechnet sich für das Verarbeitende Gewerbe ein Kapi-



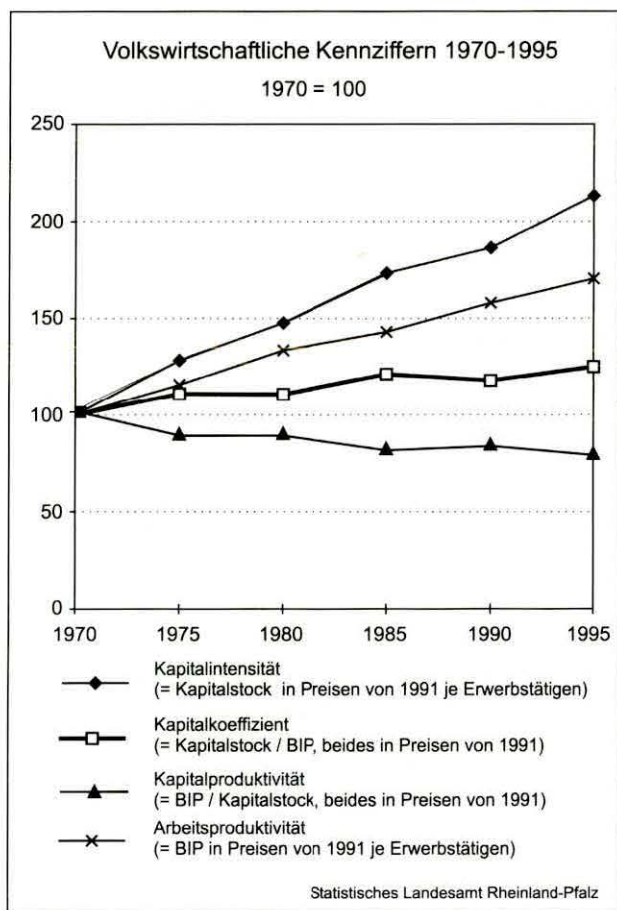
talkoeffizient von 2,3, für den Bereich Handel und Verkehr von 3,1 und für die Dienstleistungsunternehmen ohne Wohnungsvermietung sowie den staatlichen Sektor von 3,7 bzw. 3,6. Bezogen auf das eingesetzte Kapital sind diese Bereiche demnach produktiver. Bei der Interpretation der Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen ist jedoch zu beachten, dass vermietete Anlagen grundsätzlich dem Wirtschaftsbereich des Eigentümers der Anlagen zugeordnet werden. Da Vermietung und in den letzten Jahren zunehmend Leasing von Ausrüstungen und Bauten im Bereich Dienstleistungsunternehmen eine nicht unerhebliche Rolle spielen, diese Anlagen aber nicht von diesen Unternehmen selbst genutzt werden, dürfte die Kapitalausstattung hier – weil für einen Nachweis nach dem Nutzerkonzept die Datengrundlage fehlt – tendenziell zu hoch ausgewiesen sein. Dagegen ergäben sich nach dem Nutzerkonzept vermutlich höhere Koeffizienten insbesondere für das Produzierende Gewerbe und den Bereich Handel und Verkehr.

Über den Gesamtzeitraum betrachtet wurde also vermehrt Kapital eingesetzt, um die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen zu produzieren. Dies verdeutlicht auch der Rückgang des Kehrwertes, der Kapitalproduktivität: Wurde 1970 je 1 000 DM eingesetztem Kapital ein Bruttoinlandsprodukt von 228 DM erzeugt, lag das Produktionsergebnis 1995 noch bei 183 DM. Arbeit wurde demnach durch größeren Kapitaleinsatz substituiert. Im Gegenzug ist dadurch die Arbeitsproduktivität gestiegen. Da die Zahl der Erwerbstätigen 1995 fast auf dem gleichen Niveau lag wie 1970, ist die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in den 25 Jahren etwa im gleichen Ausmaß wie das Bruttoinlandsprodukt gestiegen (+ 71 %), nämlich von rund 54 000 DM Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen auf 91 000 DM. Hierbei ist zusätzlich zu beachten, dass die Zahl der Erwerbstätigen nur ein sehr grober Maßstab für den

Kapitalkoeffizient, Kapitalproduktivität, Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität 1970 - 1995

Jahr ¹⁾	Insgesamt	Unternehmen								Staat, private Haushalte und private Organi- sationen ohne Erwerbs- zweck
		zusammen	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung					Wohnungs- vermietung		
			zusammen	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Dienst- leistungs- unternehmen (ohne Wohnungs- vermietung)	
					zusammen	darunter Verarbei- tendes Gewerbe				
Kapitalkoeffizient (= Kapitalstock / BIP bzw. BWS, beides in Preisen von 1991)										
Wert										
1970	4,4	4,9	2,5	10,6	2,0	2,0	3,1	2,1	34,8	2,9
1975	4,9	5,5	2,9	10,3	2,4	2,4	3,7	2,5	32,4	3,0
1980	4,8	5,4	2,8	11,9	2,3	2,3	3,3	2,8	32,9	3,3
1985	5,3	5,8	3,0	8,7	2,5	2,4	3,5	3,3	31,8	3,5
1990	5,2	5,6	2,9	8,7	2,3	2,1	3,1	3,5	32,1	3,7
1994	5,5	6,1	3,1	9,1	2,6	2,4	3,1	3,7	32,2	3,6
1995	5,5	6,0	3,1	9,0	2,5	2,3	3,1	3,7	31,9	3,6
1970 = 100										
1975	111	112	116	97	120	120	120	117	93	105
1980	111	109	113	112	114	114	109	131	95	113
1985	121	119	122	82	123	119	115	156	91	121
1990	118	114	116	82	113	107	103	166	92	128
1994	125	123	126	86	128	121	101	173	93	125
1995	125	123	125	85	125	118	101	174	92	125
Kapitalproduktivität (= BIP bzw. BWS / Kapitalstock, beides in Preisen von 1991)										
DM je 1000 DM Kapitalstock										
1970	228	203	402	94	494	502	327	471	29	344
1975	206	181	346	97	413	417	273	402	31	328
1980	206	186	356	84	432	439	301	360	30	305
1985	188	171	328	115	403	421	285	302	31	284
1990	194	178	345	115	438	467	318	284	31	269
1994	183	165	320	110	387	414	324	272	31	275
1995	183	166	322	111	396	427	322	270	31	276
1970 = 100										
1975	90	89	86	103	84	83	83	85	107	95
1980	90	91	88	89	87	88	92	76	106	89
1985	83	84	82	122	82	84	87	64	109	82
1990	85	87	86	122	89	93	97	60	108	78
1994	80	81	80	117	78	82	99	58	108	80
1995	80	82	80	118	80	85	99	57	109	80
Arbeitsproduktivität (= BIP bzw. BWS in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen)										
1 000 DM										
1970	54	51	47	10	57	58	37	65	x	53
1975	62	60	55	15	66	67	41	67	x	55
1980	72	71	65	18	75	76	52	78	x	58
1985	77	79	71	30	79	81	56	82	x	59
1990	85	88	80	34	91	94	65	83	x	59
1994	89	93	84	41	96	101	72	82	x	61
1995	91	96	86	43	100	105	74	82	x	62
1970 = 100										
1975	116	119	117	148	116	115	110	104	x	105
1980	134	141	139	170	131	130	142	120	x	110
1985	143	155	151	285	138	139	153	127	x	112
1990	158	173	170	323	159	160	177	128	x	112
1994	166	183	178	391	167	172	194	126	x	116
1995	170	189	183	413	174	180	200	127	x	119
Kapitalintensität (= Kapitalstock in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen)										
1 000 DM										
1970	235	250	117	110	116	117	113	138	x	153
1975	301	333	159	158	161	161	148	168	x	168
1980	347	385	184	210	173	173	173	217	x	190
1985	407	460	216	257	197	193	197	272	x	207
1990	437	496	231	292	207	201	206	292	x	218
1994	487	563	262	369	247	243	221	300	x	223
1995	500	579	268	387	252	247	229	304	x	226
1970 = 100										
1975	128	133	136	144	139	138	132	122	x	110
1980	148	154	157	191	149	148	154	157	x	124
1985	173	184	185	234	170	165	175	197	x	135
1990	186	198	198	265	179	172	183	212	x	143
1994	207	225	224	335	213	209	196	218	x	146
1995	213	231	229	352	217	212	203	221	x	148

1) 1994 und 1995 vorläufige Ergebnisse.



Produktionsfaktor Arbeit ist, da Veränderungen in der geleisteten Arbeitszeit oder in der beruflichen Qualifikation keine Berücksichtigung finden.

Diese Einschränkung gilt auch bei der Interpretation der Kapitalintensität, die die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zueinander in Beziehung setzt. Dieser Koeffizient zeigt den Neuwert der durchschnittlich je Erwerbstätigen im Produktionsprozess eingesetzten Produktionsanlagen. Gemessen in konstanten Preisen ist die Kapitalintensität von 235 000 DM im Jahr 1970 auf 500 000 DM im Jahr 1995 gestiegen. Die Bedeutung des Produktionsfaktors Kapital hat demnach relativ zum Produktionsfaktor Arbeit zugenommen; im betrachteten Zeitraum hat sich der Wert in Rheinland-Pfalz mehr als verdoppelt. In allen Wirtschaftsbereichen hat eine Kapitalintensivierung stattgefunden. Besonders stark gestiegen seit 1970 und vergleichsweise hoch ist die durchschnittliche Kapitalausstattung eines Arbeitsplatzes in der Land- und Forstwirtschaft, relativ niedrig dagegen ist sie im Sektor Staat. Einen besseren Anhaltspunkt für den Mechanisierungsgrad erhält man, wenn im Zähler des Quotienten nur das Ausrüstungsvermögen eingesetzt wird. Hierbei zeigt sich, dass die höchsten Werte in der Land- und Forstwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen sind (157 000 bzw. 155 000 DM). Den geringsten Wert für den durchschnittlichen Einsatz an Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeugen, Büroausstattungen u. Ä. je Arbeitsplatz weist der staatliche Bereich mit 22 000 DM auf. Die Ausstattung in den Dienstleistungsunternehmen betrug demgegenüber 107 000 DM und hat sich seit 1970 fast verfünffacht.

Diplom-Volkswirt Werner Kertels

Vorbereitende Bauleitplanung der Städte und Gemeinden 1997

Raum- und Umweltplanung, Stadt-, Landschafts- und Verkehrsplanung benötigen Basisinformationen zur Nutzung der Bodenfläche. Die Erhebungsmerkmale der Flächenerhebung tragen als grundlegende Daten zur Bewertung aktueller und künftiger Verhältnisse der Bodennutzung bei und ergänzen als allgemeine, gebietsbezogene Flächennutzung der Städte und Gemeinden die betriebsbezogenen Daten der vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Bodennutzungserhebungen. Bestandteil der Flächenerhebung sind die Bodenflächen nach Art der tatsächlichen Nutzung und nach der in einem Flächennutzungsplan dargestellten Art der Nutzung (geplante Nutzung). Der Flächennutzungsplan stellt nach § 1 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) gleichzeitig die vorbereitende Bauleitplanung der Städte und Gemeinden dar.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit Teilaspekten der statistischen Auswertung der geplanten Nutzung im Rahmen der Flächenerhebung. Im Vordergrund stehen die methodische und sachliche Datengrundlage, verfahrensspezifische Besonderheiten (Standardverfahren, ATKIS-Verfahren), das aktuelle Landesergebnis und ausgewählte Teilergebnisse auf regionaler Ebene der 212 Städte, Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden. Eine tiefergehende sachliche und regionale Untersuchung bleibt einem weiteren Beitrag vorbehalten.

Gemeinsame Rechtsgrundlage aller Bodennutzungserhebungen ist das Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Neufassung vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1636). Auch für die Erfassung der geplanten Nutzung als Bestandteil der Flächenerhebung sind im Agrarstatistikgesetz die Einheiten und Merkmale sowie Art, Periodizität und Berichtszeitpunkt der Erhebung festgelegt. Demnach sind die Gemeinden auskunftspflichtig, in Rheinland-Pfalz sind dies die Verwaltungen der verbandsfreien Gemeinden, der Verbandsgemeinden sowie der großen kreisangehörigen und kreisfreien Städte als Träger der örtlichen Planung. Statistisch auszuwerten ist der Flächennutzungsplan oder eine vergleichbare Planungsgrundlage, und zwar alle vier Jahre allgemein (d.h. in allen Gemeinden), beginnend 1989 zum 31. Dezember des jeweiligen Vorjahres. Während 1993 mangels geeigneter Planunterlagen die neuen Bundesländer von der Erhebung der geplanten Nutzung ausgenommen waren, wird für 1997 erstmals ein gesamtdeutsches Ergebnis erstellt.

Grundlage der Erhebung der geplanten Nutzung 1997 war in Rheinland-Pfalz bei allen 212 beteiligten Verwaltungen ein Flächennutzungsplan. In dem Bemühen, die Planungsabsichten möglichst aktuell zu dokumentieren, gingen in die Flächenberechnungen vereinzelt auch Entwürfe ein. Diese wiesen zwar noch keine formale Rechtswirksamkeit auf, stellten aber den letztgültigen Planungsstand dar, der einem zwar noch rechtskräftigen, aber überholten Flächennutzungsplan älteren Datums im Einzelfall vorgezogen wurde.

Baugesetzbuch als Grundlage für die Flächenstatistik

Der den Inhalt des Flächennutzungsplanes regelnde § 5 des Baugesetzbuches (BauGB) ist gemäß der Vorgabe des Agrarstatistikgesetzes für die geplante Nutzung von zentraler Bedeutung. § 5 Absatz 1 BauGB charakterisiert den Inhalt des Flächennutzungsplans allgemein. Danach ist für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen. Bereits hierdurch wird deutlich, worin sich die geplante Nutzung von der tatsächlichen Nutzung, die auf dem Liegenschaftskataster basiert, unterscheidet: Es soll die beabsichtigte Art der Nutzung nach voraussehbaren städtebaulichen Bedürfnissen in Grundzügen dargestellt werden. Damit steht vor allem die zukünftige, noch nicht bis ins Detail festgelegte, bauliche Entwicklung im Vordergrund. Ungeachtet der Vorrangigkeit der städtebaulichen Entwicklung ist aber auch der tatsächliche Bestand zu berücksichtigen. Insofern heißt geplante Nutzung immer auch Nachweis von bereits verwirklichter und noch nicht realisierter Planung.

§ 5 Absatz 2 BauGB konkretisiert den inhaltlichen Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung. Hier setzen die Erhebungsmerkmale für die geplante Nutzung auf. Die auch auf § 5 Absatz 2 fußende Planzeichenverordnung stellt dabei gewissermaßen das Bindeglied dar zwischen dem Baugesetzbuch und den Erhebungsmerkmalen der geplanten Nutzung, d.h. den Nutzungsarten in Form der sogenannten „FNP-Schlüssel“. Allerdings sind nicht alle Plannutzungen, die in einem Flächennutzungsplan dargestellt werden können, statistisch von Bedeutung.

Die Flächenerhebung erfasst nur die allgemeine Art der baulichen Nutzung als Bauflächen, begnügt sich also mit relativ großflächigen, homogenen Bauflächen. Bei Wasserflächen findet eine Beschränkung auf tatsächlich von Wasser bedeckte Flächen statt. Nicht flächenhaft dargestellte Leitungen der Ver- und Entsorgung sowie Immissionsschutzflächen bleiben ausgeklammert. Inhaltliche Regelungen für den Flächennutzungsplan außerhalb des § 5 Absatz 2 BauGB wie z.B. Flächen, die gekennzeichnet oder nachrichtlich übernommen werden sollen (z.B. kontaminierte Böden, Schutzgebiete des Naturschutzrechts, denkmalgeschützte Anlagen), gehen nicht in die geplante Nutzung ein. Zusammen genommen kann die geplante Nutzung derzeit maximal 21 Nutzungsarten nachweisen. Berücksichtigt man, dass bestimmte Planinhalte nicht in allen Flächennutzungsplänen dargestellt sind, reduziert sich der Katalog der nachgewiesenen Erhebungsmerkmale auf 15 Nutzungsarten. Der Unterschied zur Erfassung bei der Flächenerhebung nach der Art der tatsächlichen Nutzung mit einem Differenzierungsgrad von landesweit 56 Nutzungsarten wird auch hier deutlich.

Erhebungsmerkmale der geplanten Nutzung

Baugesetzbuch § 5 Absatz 2 ¹⁾	Planzeichenverordnung	Flächenerhebung geplante Nutzung FNP-Schlüssel ²⁾
Im Flächennutzungsplan können insbesondere dargestellt werden:		
1. die für die Bebauung vorgesehenen Flächen nach der allgemeinen Art ihrer baulichen Nutzung (Bauflächen), nach der besonderen Art ihrer baulichen Nutzung (Baugebiete) sowie nach dem allgemeinen Maß der baulichen Nutzung; Bauflächen, für die eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht vorgesehen ist, sind zu kennzeichnen;	1.1 Wohnbauflächen 1.2 Gemischte Bauflächen 1.3 Gewerbliche Bauflächen 1.4 Sonderbauflächen (Sondergebiete, die der Erholung dienen, Sonstige Sondergebiete)	110 120 130 160 (161, 162)
2. die Ausstattung des Gemeindegebiets mit Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, insbesondere mit den der Allgemeinheit dienenden baulichen Anlagen und Einrichtungen des Gemeinbedarfs, [...] sowie Flächen für Sport und Spielanlagen;	4 Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen	200
3. die Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrswege;	5.1 Straßenverkehr (Autobahnen und autobahn-ähnliche Straßen, sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen) 5.1.3 Ruhender Verkehr 5.2 Bahnen 5.4 Umgrenzung der Flächen für den Luftverkehr	310 (311) 330 340
4. die Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung, für Ablagerungen sowie für Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen;	7 Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung	400
5. die Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe;	9 Grünflächen ... mit der Zweckbestimmung Parkanlage ... mit der Zweckbestimmung Dauerkleingärten ... mit der Zweckbestimmung Sportplatz ... mit der Zweckbestimmung Friedhof Sonstige Grünflächen	500 (510) (520) (530) (540) (590)
6. die Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes;		
7. die Wasserflächen, Häfen und die für die Wasserwirtschaft vorgesehenen Flächen sowie die Flächen, die im Interesse des Hochwasserschutzes und der Regelung des Wasserabflusses frei zu halten sind;	10.1 Wasserflächen	700
8. die Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen;	11.1 Flächen für Aufschüttungen 11.2 Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen	} 800
9. a) die Flächen für die Landwirtschaft und b) Wald;	12.1 Flächen für die Landwirtschaft 12.2 Flächen für die Forstwirtschaft/Wald	
10. die Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft.	13.1 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	(910)

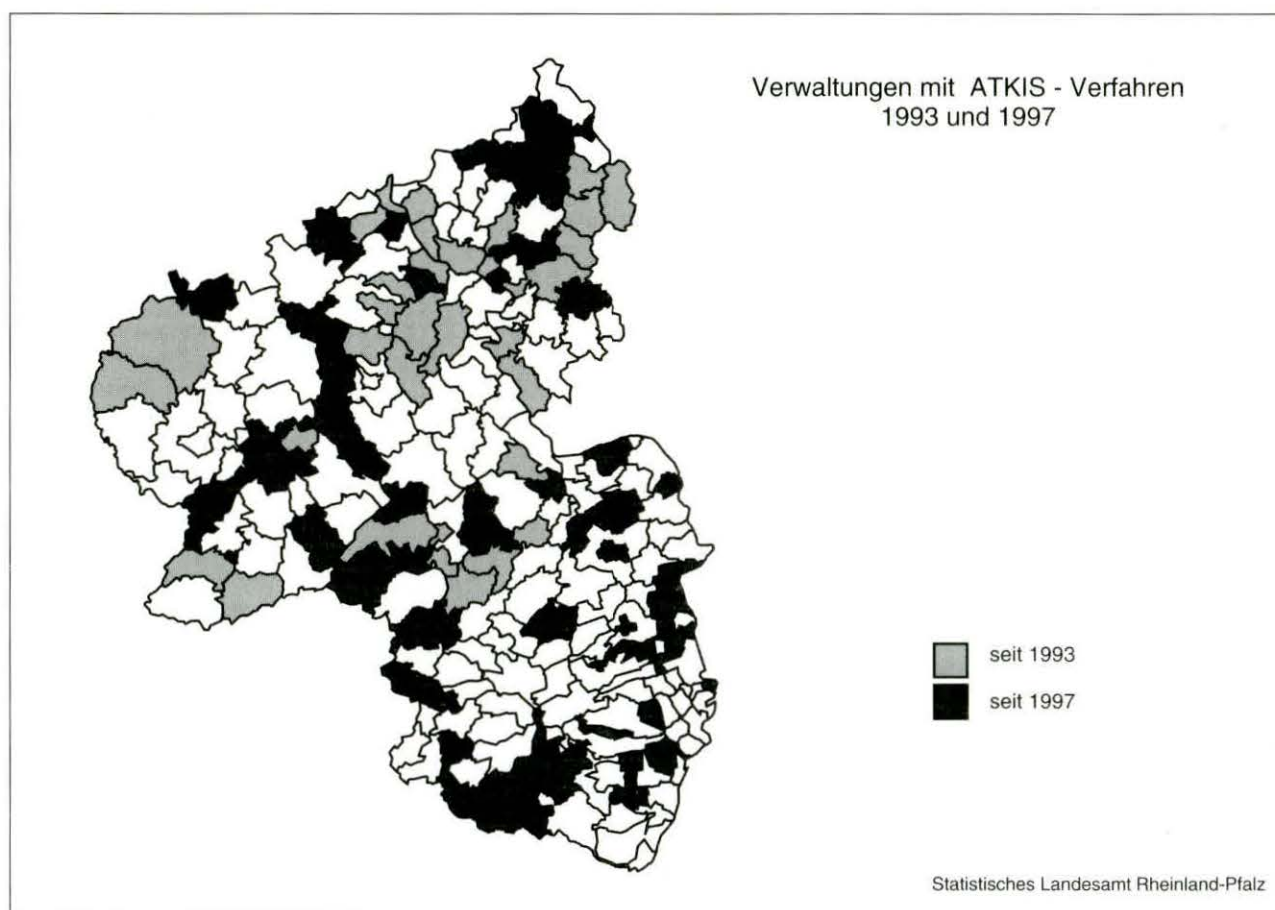
1) In der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986. – 2) Die Nutzungsarten (FNP-Schlüssel) in Klammern sind fakultative Merkmale, d. h. ein Nachweis erfolgt nur, wenn sie aus dem Flächennutzungsplan explizit hervorgehen.

Bauliche Planung steht im Vordergrund

Die bauliche Nutzung im engeren Sinne (Bauflächen und Flächen für den Gemeinbedarf, FNP-Schlüssel 100/200) ist mit fünf Nutzungsarten am weitesten untergegliedert. Die geplante Nutzung trägt damit auch den Zielsetzungen und Schwerpunkten der vorbereitenden Bauleitplanung Rechnung. Inhaltlich am nächsten stehend und mit den Bau- und Gemeinbedarfsflächen zuweilen eng verflochten sind die Grünflächen (Schlüssel-Nr. 500). Sie liegen in den meisten Flächennutzungsplänen von Rheinland-Pfalz nicht zweckbestimmt vor, so dass den „Sonstigen Grünflächen“ die größte Bedeutung zukommt. Der Bereich Verkehr (Schlüssel-Nr. 300) liegt dreifach untergliedert vor, hier überwiegen die Flächen für den überörtlichen Verkehr eindeutig. Nimmt man die Flächen für Ver- und Entsorgung (Schlüssel-Nr. 400) hinzu, so kennzeichnen insgesamt

zehn Nutzungsarten diejenigen Flächen, die in den Flächennutzungsplänen für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen werden.

Dem gegenüber steht der noch nicht für Siedlungszwecke im engeren Sinne verplante Raum, der nach nur fünf Nutzungsarten vergleichsweise gering differenziert ist. Dazu zählen Flächen, die land- oder forstwirtschaftlich (Schlüssel-Nr. 610/620) oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Schlüssel-Nr. 800) genutzt werden. Hinzu kommen die Wasserflächen (Schlüssel-Nr. 700) und die das jeweilige Gemeindegebiet ergänzenden „Sonstigen Flächen“ (Schlüssel-Nr. 900). Die letztgenannte Position besteht im Gegensatz zur Bauleitplanung nur in der Flächenerhebung. Sie stellt kein Sammelbecken nicht zuordenbarer Planzeichen dar, sondern umfasst im Wesentlichen militärisches Übungsgelände und Flächen für Maßnahmen zum



Schutz von Natur und Landschaft. Diese Kategorie weist den höchsten Grad an „Nichtnutzung“ auf und bildet damit auch erhebungssystematisch gesehen den größten Gegensatz zur Nutzungsart 100 (Bauflächen).

Zweigleisiges Erhebungsverfahren

Die Auswertung der geplanten Nutzung wurde 1997 zum dritten Mal im Rahmen der Flächenerhebung vorgenommen. Nach 1989 und 1993 liegen damit aktuelle Daten zur Plannutzung vor. Bundesweit bislang einmalig geht Rheinland-Pfalz seit 1993 erhebungsmethodisch zweigleisig vor. Das allgemein übliche Standardverfahren setzt die Plannutzungsdaten durch vorwiegend manuelles Planimetrieren des Flächennutzungsplanes in Nutzungsarten der Flächenerhebung um. Das ATKIS-Verfahren erfasst die Planinhalte eines Flächennutzungsplanes digital, indem es auf die im „Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem“ (ATKIS) der Vermessungs- und Katasterverwaltung vorhandenen Geometrien zurückgreift. Als Vorteile gegenüber dem Standardverfahren sind neben dem höheren Informationsgehalt der Daten vor allem die schnellere und genauere Flächenberechnung und der reduzierte Fortschreibungsaufwand zu nennen. Das ATKIS-Verfahren ist ausführlich in einem früheren Beitrag¹⁾ beschrieben worden. Gegenüber 1993 haben

sich im Ablauf des ATKIS-Verfahrens nur geringfügige Änderungen ergeben, so dass die seinerzeit beschriebene Erhebungsmethodik nach wie vor gültig ist.

Das ATKIS-Verfahren wurde seit 1993 kontinuierlich auf 88 Verwaltungen ausgedehnt. Durchschnittlich 1,7 MB umfasst die Menge an Daten, die aus dem ATKIS-Verfahren pro Gebietseinheit gewonnen wird, ein gegenüber dem Standardverfahren etwa um den Faktor 10^3 erhöhter Speicherplatz. Räumlich gesehen liegt der Schwerpunkt der beteiligten Verwaltungen – auch bedingt durch den von Nord nach Süd erfolgten Aufbau von ATKIS – eher im nördlichen Landesteil. Gemessen an der im Schnitt auf die Verwaltungen entfallenden Bodenfläche sind jedoch die bereits am ATKIS-Verfahren beteiligten Verwaltungen mit den noch in das Standardverfahren einbezogenen Einheiten vergleichbar, so dass man bei einem Vergleich mit den Ergebnissen für das ATKIS-Verfahren 1997 von einem hinreichend repräsentativen Querschnitt ausgehen kann.

Wie bereits ausgeführt, kommt der Datengrundlage bei der Bewertung der Ergebnisse eine entscheidende Bedeutung zu. Eine wichtige Erkenntnis aus dem ATKIS-Verfahren, bei dem die Sichtung der Planunterlagen im Statistischen Landesamt erfolgte, ist die, dass es einen qualitativ weitgehend einheitlichen Flächennutzungsplan landesweit gesehen nicht gibt. Obwohl das Baugesetzbuch und die Planzeichenverordnung Inhalt und Darstellung der Plannutzung bundeseinheitlich regeln, weichen die Flächennutzungspläne nach Art und Maßstäblichkeit der Darstellung, sachlicher

1) Kramer, Gerd und von Lom, Otto: Erhebung der geplanten Flächennutzung 1993, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 5/1993, S. 105 ff.

Differenzierung, technischer Ausführung und Planungsstand von Verwaltung zu Verwaltung erheblich ab. Die zentrale Bearbeitung im Statistischen Landesamt unter fachlicher Beteiligung der Bauverwaltungen und mit technischer Unterstützung des Landesvermessungsamtes erwies sich hier als Vorteil. Da die Nutzungsarten nach einheitlichen Leitlinien ermittelt wurden, fällt die Verschiedenheit der Planvorlagen weniger ins Gewicht. An der unterschiedlichen Aktualität der Vorlagen und damit der Daten ist jedoch grundsätzlich nichts zu ändern, da der Berichtszeitpunkt der Erhebung nicht automatisch eine Fortschreibung des Flächennutzungsplans auslöst.

Drei Viertel der Flächennutzungspläne aktualisiert

Im Hinblick auf die Bewertung der Erhebungsergebnisse für 1997 zeigte eine Untersuchung der Datengrundlage, d.h. der vorliegenden Flächennutzungspläne, dass mit einem Anteil von 58 % die Mehrheit der Verwaltungen (53 % beim Standard-, 64 % beim ATKIS-Verfahren) über aktuelle Bauleitpläne in Form von Neuaufstellungen oder Teilfortschreibungen, die 1993 oder später erfolgten, verfügt. Demgegenüber trat aber auch zu Tage, dass rund ein Viertel der Pläne zum Zeitpunkt der Erhebung mindestens neun Jahre oder älter waren. Die Ergebnisse der Flächenerhebung wurden dagegen im Vergleich zur Erhebung 1993 von über 75 % der erfassten Gemeinden aktualisiert. Neun Verwaltungen bestätigten wiederholt ihre Ergebnisse aus 1993, so dass die 97er Daten im Grunde den Erhebungsstand von 1989 widerspiegeln. Der Planungsstand kann dabei noch älter sein. So gibt es Flächennutzungspläne, die von der Grundlage her 20 Jahre und älter sind und – wenn überhaupt – als Fortschreibung im Laufe der Zeit nur in Teilen marginale Änderungen erfuhren.

Grundsätzlich bleibt die höhere Aktualität beim ATKIS-Verfahren und damit die bessere Qualität der Ergebnisse festzuhalten.

Bebauung schreitet weiter fort

Aus dem Ergebnis der geplanten Nutzung geht für 1997 auf Landesebene eine erneute Zunahme der Baugebiete um gut 5 % hervor. Überdurchschnittlich ist der Bestand und die Ausweisung von gewerblichen Bauflächen (Gewerbe- und Industriegebiete) mit 11 % gegenüber 1993 gewachsen, während Wohnbau- und gemischte Bauflächen mit 6,5 bzw. 3,4 % weniger stark anstiegen. In der Kategorie „Siedlung und Verkehr“ relativ gleich geblieben sind die Flächen für den Gemeinbedarf, für die Ver- und Entsorgung sowie die Grünflächen. Demgegenüber offensichtlich stark rückläufig erscheinen die Verkehrsflächen (Straßen: – 9,8 %, Bahnanlagen: – 12,7 %). Es gibt hierfür zwei Erklärungen: Zum einen – das zeigen auch die Ergebnisse der tatsächlichen Nutzung 1997 – nehmen wegen des Rückbaus des Eisenbahnnetzes die Flächen für den Schienenverkehr tatsächlich ab, Neubauvorhaben sind die Ausnahme. Zum andern wirkt sich die Art des Erhebungsverfahrens aus: Die Ausdehnung des ATKIS-Verfahrens geht einher mit einer gegenüber dem Standardverfahren anderen Sichtweise von Linienelementen (Straßen, Bahnen, Wasserläufe), aus denen die Flächen zu berechnen sind. Aus ATKIS werden nur klassifizierte Straßen, tatsächlich vorhandene Gleisanlagen und Flüsse oder Bäche ab 10 m Breite zur Flächenberechnung herangezogen. Diese werden – da ATKIS z.B. bei Straßen nur den unmittelbaren Straßenkörper nachweist – um einen gewissen Anteil an Verkehrsbegeleitflächen ergänzt, bei Straßen sind dies beispielsweise 2 m auf jeder Seite. Bei den ebenfalls zum Bereich

Erhebungsverfahren und Datengrundlage

Merkmal	Standard-Verfahren				ATKIS-Verfahren			
	Verwaltungen		Bodenfläche insgesamt		Verwaltungen		Bodenfläche insgesamt	
	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	%	ha	%
Beteiligung am Erhebungsverfahren								
1989	213	100,0	1 984 912	100,0	–	–	–	–
1993	181	85,0	1 633 630	82,3	32	15,0	350 980	17,7
1997	124	58,5	1 156 632	58,3	88	41,5	828 051	41,7
Flächennutzungspläne (FNP) 1997	124	100,0	1 156 632	100,0	88	100,0	828 051	100,0
Neu aufgestellte FNP								
insgesamt	21	16,9	181 467	15,7	19	21,6	141 818	17,1
... 1993 und später	15	12,1	144 457	12,5	16	18,2	128 258	15,5
... 1992 und früher	6	4,8	37 010	3,2	3	3,4	13 559	1,6
Übrige FNP (einschl. Teilfortschreibungen)								
insgesamt	103	83,1	975 165	84,3	69	78,4	686 234	82,9
... 1993 und später	51	41,1	492 134	42,5	40	45,5	353 809	42,7
... 1992 - 1989	10	8,1	128 520	11,1	16	18,2	171 350	20,7
... 1988 und früher	42	33,9	354 511	30,7	13	14,8	161 075	19,5
Ergebnisse der Flächenerhebung 1997	124	100,0	1 156 632	100,0	88	100,0	828 051	100,0
aktualisiert	94	75,8	901 038	77,9	67	76,1	588 513	71,1
übernommen, insgesamt	30	24,2	255 594	22,1	21	23,9	239 538	28,9
... aus 1993	21	16,9	169 889	14,7	21	23,9	239 538	28,9
... aus 1989	9	7,3	85 706	7,4	–	–	–	–

Geplante Nutzung der Bodenfläche 1989 - 1997

FNP-Schlüssel	Nutzungsart	1989		1993		1997		Ver- änderung 1997 zu 1993
		ha	%	ha	%	ha	%	
100	Bauflächen	130 507	6,6	139 064	7,0	146 752	7,4	5,5
110	Wohnbauflächen	53 471	2,7	55 245	2,8	58 839	3,0	6,5
120	Gemischte Bauflächen	42 784	2,2	45 330	2,3	46 888	2,4	3,4
130	Gewerbliche Bauflächen	20 654	1,0	22 951	1,2	25 479	1,3	11,0
160	Sonderbauflächen ¹⁾	13 597	0,7	15 537	0,8	15 546	0,8	0,1
161	Sondergebiete Erholung	5 891	0,3	5 238	0,3	5 691	0,3	8,6
162	Sonstige Sondergebiete	7 706	0,4	9 308	0,5	7 937	0,4	-14,7
200	Flächen für den Gemeinbedarf	5 823	0,3	6 117	0,3	6 158	0,3	0,7
300	Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge	44 746	2,3	45 561	2,3	41 085	2,1	-9,8
310	Flächen für den Straßenverkehr	37 838	1,9	38 712	2,0	34 965	1,8	-9,7
311	Flächen für den ruhenden Verkehr	1 208	0,1	777	0,0	817	0,0	5,1
330	Flächen für Bahnanlagen	6 242	0,3	5 904	0,3	5 156	0,3	-12,7
340	Flächen für den Luftverkehr	665	0,0	945	0,0	964	0,0	2,0
400	Flächen für die Ver- und Entsorgung	2 884	0,1	2 850	0,1	2 841	0,1	-0,3
500	Grünflächen ¹⁾	31 034	1,6	31 614	1,6	31 614	1,6	0,0
510	Parkanlagen	4 418	0,2	3 568	0,2	3 339	0,2	-6,4
520	Dauerkleingärten	3 408	0,2	3 203	0,2	2 895	0,1	-9,6
530	Sportplätze	4 889	0,2	5 423	0,3	5 645	0,3	4,1
540	Friedhöfe	2 253	0,1	2 302	0,1	2 429	0,1	5,5
590	Sonstige Grünflächen	16 066	0,8	16 419	0,8	16 428	0,8	0,1
600	Flächen für die Land- und Forstwirtschaft	1 709 191	86,1	1 703 171	85,8	1 698 927	85,6	-0,2
610	Flächen für die Landwirtschaft	914 240	46,1	901 835	45,4	896 546	45,2	-0,6
620	Flächen für die Forstwirtschaft/ Wald	794 951	40,0	801 336	40,4	802 381	40,4	0,1
700	Wasserflächen	22 639	1,1	21 576	1,1	19 117	1,0	-11,4
800	Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen	6 487	0,3	7 501	0,4	7 311	0,4	-2,5
900	Sonstige Flächen	31 601	1,6	27 156	1,4	30 877	1,6	13,7
910	Flächen für Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft	6 968	0,4	5 482	0,3	18 092	0,9	230,0
999	Bodenfläche insgesamt ²⁾	1 984 912	100,0	1 984 610	100,0	1 984 683	100,0	0,0
100 / 200, 300, 400, 500	darunter: Flächen für Siedlung und Verkehr	214 994	10,8	225 206	11,3	228 450	11,5	1,4

1) Der differenzierte Nachweis dieser Flächen ist nicht in allen Gemeinden möglich. – 2) Ohne das gemeinschaftliche deutsch-luxemburgische Hoheitsgebiet.

Verkehr zu zählenden innerörtlichen Hauptverkehrszügen war im Verlauf der Prüfung der Unterlagen durch das Statistische Landesamt festzustellen, dass das entsprechende Planzeichen oftmals nicht vergeben worden war. Dies wiederum bedeutete für die Flächenerhebung, dass viele Straßen in die umliegende Nutzung, zumeist in die Wohnbauflächen, integriert wurden.

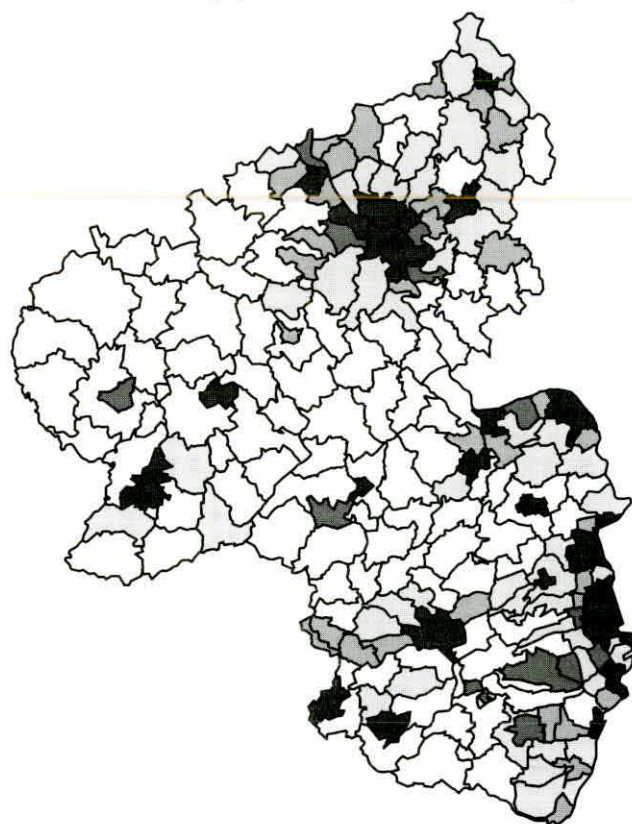
Genau das Gegenteil dieser Vorgehensweise stellte beim Standardverfahren, vor allem in der Anfangsphase der Erhebung der geplanten Nutzung 1989, ein großes Problem dar: Weil viele Verwaltungen nicht ihre Plannutzung auswerteten, sondern vereinfachend fast nur oder in hohem Maße die externen Daten des Liegenschaftskatasters nutzten, wurden z.B. Straßen (und zum Teil sogar Wege) fälschlicherweise unter Verkehrsflächen subsumiert. Insgesamt betrachtet werden aus linienhaften Geometrien beim ATKIS-Verfahren also weniger Flächen berechnet als beim Standardverfahren.

ren. So gesehen entsprechen Ergebnisse aus dem ATKIS-Verfahren eher den generalisierenden und Linienelemente unterdrückenden Darstellungen der Flächennutzungspläne.

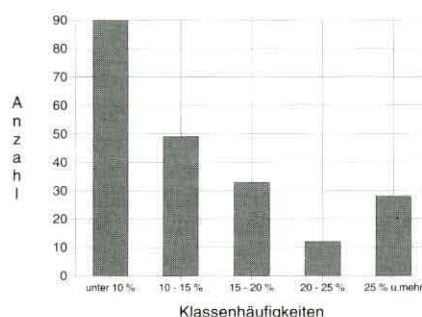
11,5% für Siedlung und Verkehr

Die Grünflächen (31 600 ha) sowie die Flächen für den Gemeinbedarf (6 200 ha) und für die Ver- bzw. Entsorgung (2 800 ha) bilden zusammen mit Bau- und Verkehrsflächen den Komplex „Siedlung und Verkehr“ bei der geplanten Nutzung: 228 500 ha (11,5%) im Land entfallen demnach auf derartige Flächen, rund 3 000 ha mehr als 1993. Der zusammenfassende Parameter nivelliert die durch das ATKIS- bzw. das Standardverfahren entstehenden Unterschiede in den einzelnen Nutzungsarten und eignet sich am ehesten für eine regional differenzierte Betrachtung. Ein quantifizieren-

Anteil der geplanten Flächen für Siedlung und Verkehr an der Bodenfläche insgesamt 1997



Landesdurchschnitt : 11,5 %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

der Vergleich (Soll-Ist-Vergleich) mit dem analogen Oberbegriff „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ aus der Flächenerhebung sollte wegen zu großer definitorischer Unterschiede nicht angestellt werden. Eine landesweite Aussage ähnlich einer Flächenbilanz über den bereits realisierten Anteil an der Plannutzung wird jedoch nach einer vollständigen Umstellung der Erhebung der geplanten Nutzung auf das ATKIS-Verfahren möglich, was letztlich einen Vergleich mit dem ATKIS-Datenbestand zulässt.

Die geographische Verteilung der Flächen für Siedlung und Verkehr nach den 212 planungstragenden Kommunen zeigt die altbekannten räumlichen Disparitäten in der Besiedlung: 90 Verbandsgemeinden, Städte und verbandsfreie Gemeinden, mit Schwerpunkt in der Eifel, im Hunsrück, in der Nord- und Westpfalz und im Pfälzer Wald, liegen mit ihrem Siedlungsanteil unter 10 %. Extrem geringe Anteile (unter 5 %), wie in den an Belgien bzw. Luxemburg angrenzenden Verbandsgemeinden Arzfeld, Neuerburg und Prüm stehen Siedlungsflächenkonzentrationen am Rhein um die drei größten Städte im Land, Mainz (54 %), Ludwigshafen (61 %) und Koblenz (45 %), gegenüber. Besonders die Städte und Gemeinden um Koblenz und Ludwigshafen herum bilden mit diesen zusammen jeweils zusammenhängende siedlungsflächenstarke Räume. Daneben gibt es aber auch Städte, die, Inseln gleich, sich deutlich aus ihrem Umland herausheben: Zweibrücken, Pirmasens, Alzey, Wittlich, Bitburg – kreisfreie Städte oder Kreisstädte mit zentralörtlicher Bedeutung sind dafür typisch.

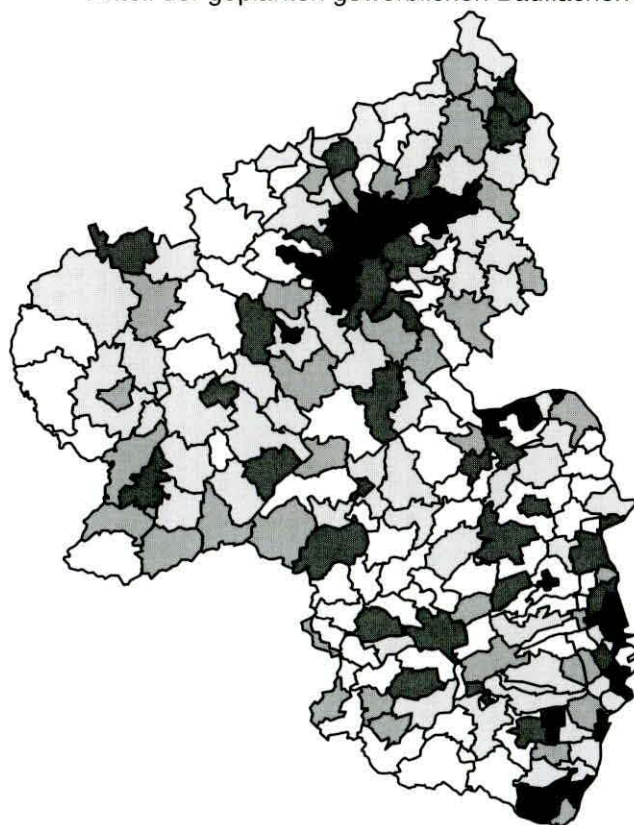
Gewerbegebiete bilden „Speckgürtel“ um große Städte

Einwohnerstarke Städte mit einem hohen Anteil an Wohnbauflächen, gemischten Bauflächen und Flächen für den Gemeinbedarf haben nicht unbedingt auch einen hohen Anteil an gewerblichen Bauflächen. Die Ergebnisse der geplanten Nutzung signalisieren, zumindest was die flächenmäßige Ausdehnung der Gewerbegebiete anbelangt, hier keine Trendwende. Die Frage, wie kostenintensive Infrastruktureinrichtungen der Zentren im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs von gewerbestarken Umlandgemeinden mitfinanziert werden sollen, dürfte daher aktuell bleiben.

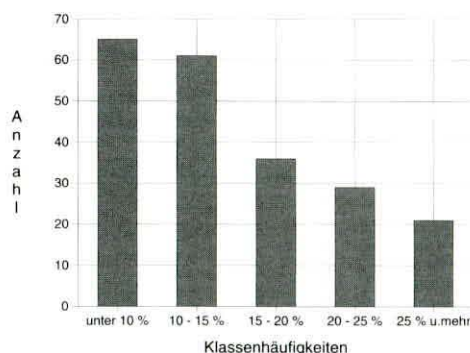
Mit der Einschränkung, dass nicht zwischen Gewerbe- und Industriegebieten unterschieden werden kann, ist eine eindeutige Zunahme der gewerblichen Bauflächen seit 1993 festzustellen. Verfahrensbedingte Einflüsse sind hierbei vernachlässigbar: So belegt auch eine getrennte Betrachtung der aus dem Standardverfahren (+8,4 %) und dem ATKIS-Verfahren (+14,7 %) hervorgehenden Ergebnisse diese Entwicklung.

Ludwigshafen nimmt mit einem Anteil der gewerblichen Bauflächen an den Bau- und Gemeinbedarfsflächen von über 46 % eine landesweite Spitzenstellung ein (Landesdurchschnitt: 17 %). Die vor allem von der ortsansässigen chemischen Industrie eingenommenen Flächen sind absolut gesehen genau so groß wie

Anteil der geplanten gewerblichen Bauflächen an den Bau- und Gemeinbedarfsflächen 1997



Landesdurchschnitt : 16,7 %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

die schon als groß einzustufenden gewerblichen Flächen von Koblenz (641 ha) und Mainz (588 ha) zusammen. Auch Kaiserslautern (648 ha), Neuwied (590 ha) und Trier (580 ha) besitzen Gewerbeflächen dieser Größenordnung. Hohe Gewerbeflächenanteile sind jedoch nicht nur auf die größeren Städte beschränkt. In Koblenz (20 %) findet man z.B. ein ausgeprägtes Umland-Stadt-Gefälle vor. Hier weist eine ganze Reihe von umliegenden Städten und Gemeinden höhere Gewerbeflächenanteile als der zentrale Ort selbst auf. Eine in der Fläche großzügige Ausweisung von Gewerbegebieten hat zu dieser Entwicklung beigetragen. Eine entscheidende Rolle kommt dabei überregionalen Straßen – z.B. im Raum Koblenz der A 48 und der B9 – zu.

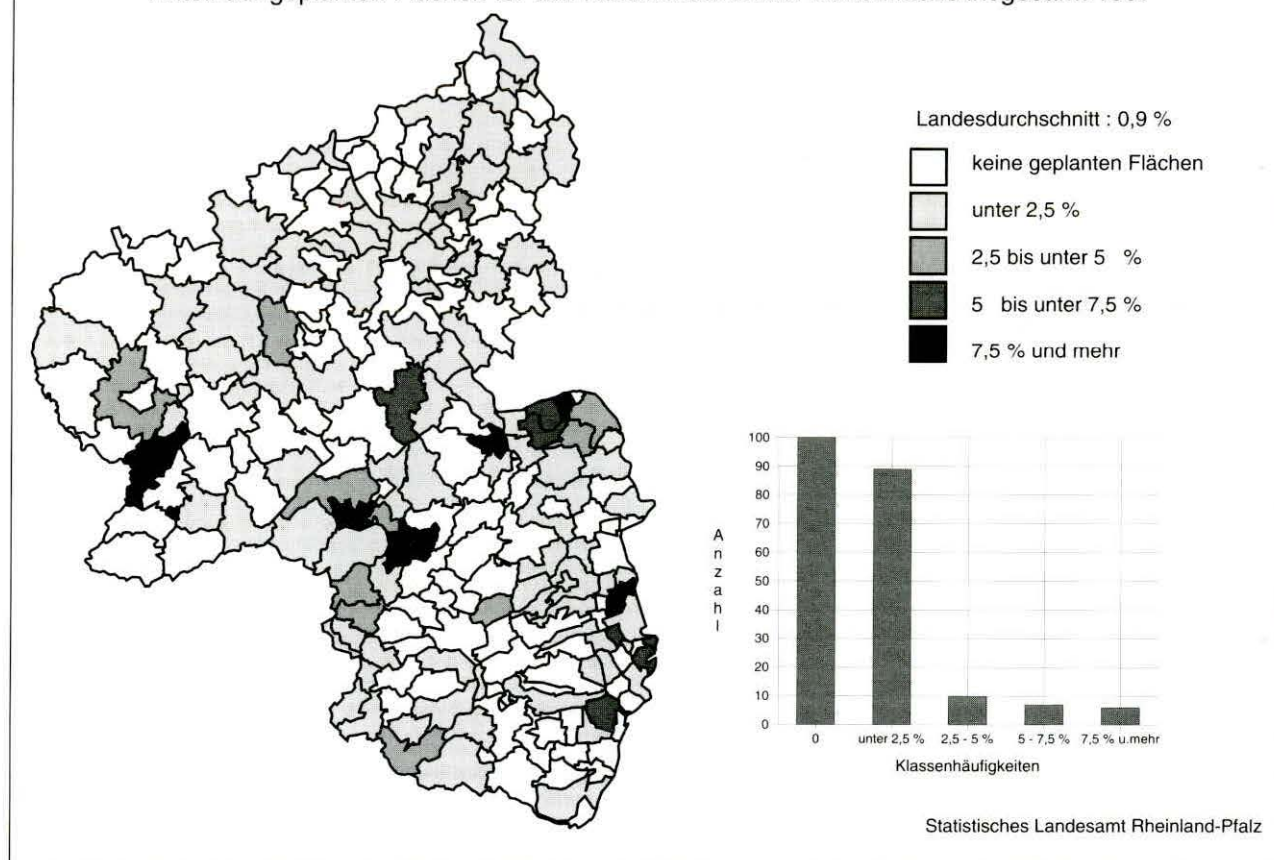
Weniger Landwirtschaft, aber mehr Wald

Die Flächen für die Land- und Forstwirtschaft entwickelten sich unterschiedlich. Dies war im Grunde aber zu erwarten und von den Ergebnissen der tatsächlichen Nutzung 1997 bekannt. Die Ausweisung von Neubaugebieten vollzieht sich hauptsächlich auf Kosten der Landwirtschaft. 897 000 ha umfassten die in den Flächennutzungsplänen festgelegten Flächen für die Landwirtschaft, 5 000 ha weniger als vor vier Jahren. Der landwirtschaftlich nutzbare Anteil dürfte dabei aufgrund der Vielzahl eingelagerter anderer Nutzungen (Wege, Gehöfte, Gehölze, Bäche etc.) geringer sein. Die

Landwirtschaftsfläche der tatsächlichen Nutzung (862 000 ha), die eingelagerte Nutzungen parzellenscharf getrennt bewertet, gibt hier die Größenordnung in etwa vor. Auch alle Formen von Brachflächen, nicht wirtschaftlich nutzbare Flächen („Unland“), Flächen mit aus dem Natur- und Biotopschutz begründeten Auflagen für die Landwirtschaft etc. tragen zu einer weiteren Reduzierung der Flächen für die Landwirtschaft bei. Zum Vergleich: Die real noch genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe aus der Bodennutzungshaupterhebung 1997 liegt mit gut 720 000 ha wesentlich niedriger und unterscheidet sich dabei sehr deutlich von den potenziellen Flächen für die Landwirtschaft aus den Flächenerhebungen.

802 000 ha Wald mit leicht ansteigender Tendenz, das entspricht einer Bewaldungsrate von nunmehr 40,4 %, wiesen die Flächennutzungspläne aus. Damit besteht zwischen geplanter und tatsächlicher Nutzung (40,6 % Waldanteil) eine relativ hohe Übereinstimmung. Im ATKIS-Verfahren werden im Außenbereich bei den entweder der Land- oder der Forstwirtschaft zuzuordnenden Flächen überdurchschnittlich viele Parzellen als Wald bewertet. Das liegt vor allem daran, dass aufgrund der Luftbildinterpretation, die die Grundlage der Aktualisierung von ATKIS bildet, ehemals landwirtschaftliche Flächen im fortgeschrittenen Stadium der Sukzession bereits als Wald angesprochen werden. Insbesondere ältere Flächennutzungspläne, die häufig keine klare Trennung von Land- bzw. Forstwirtschaft erkennen ließen, wurden so „verfahrenstechnisch“ aktualisiert.

Anteil der geplanten Flächen für den Naturschutz an der Bodenfläche insgesamt 1997



Ausgleichsflächen für den Naturschutz gewinnen an Bedeutung

Unter den „Sonstigen Flächen“ (31 000 ha) sind diejenigen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft stark angestiegen. Einen großen Anteil daran hat die Auflösung des früher ausschließlich militärisch genutzten Gutsbezirks Baumholder. Die umliegenden Verwaltungen, die bis auf eine nach dem ATKIS-Verfahren vorgehen, wiesen großflächig ihre neu hinzugewonnenen Gebiete dem Schlüssel 910 zu. Darüber hinaus wurden bei neueren Flächennutzungsplänen mit oftmals integrierter Landschaftsplanung derartige Flächen in erhöhtem Umfang ausgewiesen. Die Umwidmungen, von denen in erster Linie Flächen für die Landwirtschaft betroffen waren, tragen teilweise schon den gesetzlichen Änderungen im neuen Baugesetzbuch vom 27. August 1997 Rechnung. Danach wird aufgrund des neu aufgenommenen § 1a (Umweltschützende Belange in der Abwägung) und

des um den Absatz 2a erweiterten § 5 zukünftig verstärkt mit Ausgleichsflächen zu rechnen sein.

In der Tat weisen Flächennutzungspläne neueren Datums, die verhältnismäßig stark im ATKIS-Verfahren vertreten sind, in diese Richtung. So zeigen sich zwischen hohen Wohnbau- oder Gewerbeflächen-Anteilen und hohen Anteilen an Ausgleichsflächen zumindest ansatzweise Parallelen. Dazu müssten allerdings die Datengrundlage des – bislang nur fakultativen – Merkmals 910 und die direkten Zusammenhänge zu Neuplanungen der baulichen Nutzung noch genauer untersucht werden. Insgesamt gesehen besteht bei der Planung von Flächen für den Naturschutz (Landesdurchschnitt 0,9 %) in den Kommunen offensichtlich noch Handlungsbedarf. Angesichts des Ergebnisses der geplanten Nutzung, dass jede zweite Verwaltung derartige Flächen überhaupt noch nicht ausgewiesen hat, ist man von einem flächendeckenden Naturschutz („Biotopverbundsystem“) im Lande wohl noch ein ganzes Stück entfernt.

Gerd Kramer

Neuerscheinungen

Das endgültige amtliche Ergebnis der Bundestagswahl ist durch den Landeswahlausschuss am 8. Oktober und durch den Bundeswahlausschuss am 14. Oktober 1998 festgestellt worden. In der Veröffentlichung

Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz am 27. September 1998

(Band 370 der Veröffentlichungsreihe des Statistischen Landesamtes „Statistik von Rheinland-Pfalz“) ist das Wahlergebnis dargestellt und erläutert.

Die Veröffentlichung enthält differenziert nach Erst- und Zweitstimmen auf über 900 Seiten, erhältlich zum Preis von 49,60 DM, die Ergebnisse für das Land Rheinland-Pfalz, seine Regierungsbezirke, Wahlkreise, Verwaltungskreise, Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden. Zu Vergleichszwecken werden die Daten der Bundestagswahl 1994 und die Landesstimmen der Landtagswahl 1996 dem Ergebnis gegenübergestellt. Das Bundesergebnis, die Ergebnisse der Bundesländer sowie die sich daraus ergebende Sitzverteilung und ein Verzeichnis der in Rheinland-Pfalz gewählten Bewerberinnen und Bewerber ergänzen die Darstellung. Außerdem werden Zu- und Abnahme der Wahlbeteiligung, Stimmengewinne oder -verluste der Parteien nach Erst- und Zweitstimmen sowie die Veränderungen gegenüber den vorhergehenden Wahlen in Prozentpunkten ausgewiesen.

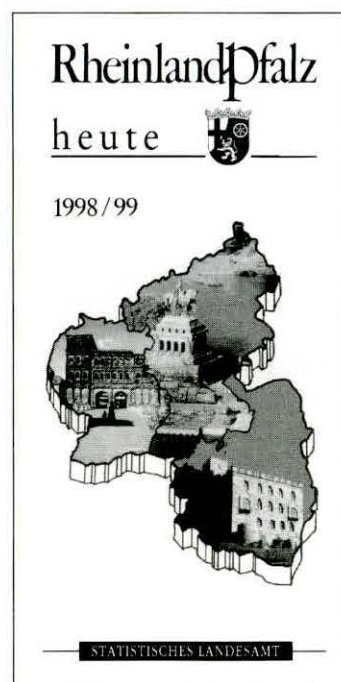
Rheinland-Pfalz heute 1998/99

„Rheinland-Pfalz heute“ ist eine geheftete Kurzbroschüre, die sich in erster Linie an den nicht ständig mit Statistik befassten Bürger wendet. Sie gibt auf 20 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten für das Land Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus enthält sie ausgewählte Daten über die kreisfreien Städte und Landkreise sowie das Bundesgebiet.

Sie können „Rheinland-Pfalz heute“ bestellen, solange der Vorrat reicht.

Einzelpreis: 1,00 DM
ab 100 Exemplare: 0,80 DM
ab 500 Exemplare: 0,60 DM

zuzüglich Versandkosten



**Bestellungen richten Sie an die Vertriebsstelle des Statistischen Landesamtes,
56128 Bad Ems, Telefon: 0 26 03/71-245 (Vertrieb) oder 71-0 (Zentrale), Telefax: 0 26 03/71-315**

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	3 986	4 010	4 015	4 016	4 018	4 019
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 895	1 876	2 940	2 084	1 711	2 933 ^p	2 846 ^p	1 994 ^p	1 651 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	5,6	8,6	6,3	5,0	8,6 ^p	8,3 ^p	6,0 ^p	4,8
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 411	3 473	3 623	3 526	3 497	3 481 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,4	10,6	10,7	10,2	10,2 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 646	3 601	3 398	3 201	3 699	3 387 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,0	9,7	10,8	9,9 ^p
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	17	18	12	19	19	16 ^p
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,0	5,2	3,2	5,5	5,3	4,6 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 236	- 128	225	325	- 202	94 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 0,4	0,7	1,0	- 0,6	0,3 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 520	8 948	10 279	10 184	10 702	10 193	10 753
Fortgezogene	Anzahl	7 397	7 381	7 942	8 958	9 290	9 908	9 893
Wanderungssaldo	Anzahl	2 123	1 567	2 337	1 226	1 412	285	860
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 777	13 861	16 019	15 056	14 919	14 865	15 836
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 782	163 768	162 030	157 362	155 554	152 306	151 850	146 059	144 030
Männer	Anzahl	87 062	94 978	90 454	87 836	86 761	83 256	82 091	78 960	77 911
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 954	10 360	.	8 080	.	.	.	6 942	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	47 287	50 739	.	47 174	.	.	.	42 300	.
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,5	9,2	9,1	8,9	8,8	8,5	8,5	8,1	8,0
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,4	10,3	10,2	9,9	9,8	9,4	9,4	9,0	8,9
Offene Stellen	Anzahl	22 792	24 137	29 195	25 461	17 892	32 461	32 441	27 946	20 296
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	758	700	.	796	.	.	.	904	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 445	4 800	.	5 339	.	.	.	6 260	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 817	7 114	2 809	3 564	4 940	2 244	2 176	3 028	3 124
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾										
Rinder	t	13 585	12 943	10 817	12 762	13 619	11 454	11 556	12 359	12 979
Kälber	t	3 460	3 348	2 572	3 343	3 892	2 659	2 506	3 149	3 616
Schweine	t	31	33	20	29	33	16	19	25	31
	t	9 995	9 453	8 139	9 283	9 574	8 684	8 933	9 070	9 216
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	64 801	62 957	64 298	59 782	59 505	67 282	64 335	60 681	60 965
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1000	15 786	15 626	15 004	15 676	14 956	14 514	15 096	15 493	15 798
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{9) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 195	2 324	2 325	2 319	2 324	2 284	2 285	2 286	2 282
Beschäftigte	1000	312	312	314	315	314	312	314	315	314
Arbeiter ¹¹⁾	1000	202	201	202	203	202	202	202	203	202
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 463	26 567	23 898	27 373	28 251	27 386	24 519	27 661	27 947
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 657	1 680	1 571	1 588	1 605	1 656	1 602	1 623	1 623
Löhne	Mill. DM	892	901	857	865	889	913	877	882	891
Gehälter	Mill. DM	765	779	714	723	717	743	725	741	732
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 672	9 287	8 406	9 723	9 952	9 980	8 554	9 626	9 755
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 537	3 883	3 488	4 002	4 196	4 037	3 459	3 772	3 843
Exportquote ¹²⁾	%	40,8	41,8	41,5	41,2	42,2	40,5	40,4	39,2	39,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 11) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 12) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Jul	August	September	Oktober	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	7 259	...	-	6 292	-	-	3 581	-	
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	7 989	...	-	7 753	-	-	9 145	-	
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	80	...	-	60	-	-	55	-	
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	40	...	-	34	-	-	26	-	
schweres Heizöl	1 000 t	41	...	-	26	-	-	29	-	
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 108	...	1 140	1 152	1 222	1 202	1 124	1 125	
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	243	...	190	194	211	165	129	128	
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	386	410	222	268	510	314	506	648	
Eigenverbrauch	Mill. kWh	27	24	20	21	25	19	23	27	
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	359	386	202	247	486	295	483	621	
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	64	73	37	30	46	34	27	59	
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,07	0,12	0,10	0,10	0,16	0,16	0,13	0,21	
Wärmekraft	Mill. kWh	295	313	165	216	439	261	456	562	
Steinkohle	Mill. kWh	98	80	102	88	89	82	45	89	
Erdgas	Mill. kWh	186	217	56	118	338	167	405	465	
Heizöl	Mill. kWh	1,47	5,88	0,05	0,10	0,05	0,11	0,05	0,05	
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	10	7	11	12	12	6	7	
Stromeinspeisung	Mill. kWh	9	12	6	10	15	12	9	22	
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	6	7	5	6	9	9	7	16	
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 233	3 169	2 940	3 206	3 343	3 391	2 882	2 812	
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 607	1 483	1 290	1 530	1 636	1 694	1 433	1 410	
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	1 994	2 085	1 859	1 933	2 207	2 004	1 941	2 045	
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,94	0,35	0,27	0,12	0,23	0,37	0,00	0,27	
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 404	5 412	3 237	3 408	5 910	3 736	4 042	4 317	
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 403	5 369	3 238	3 404	5 857	3 733	4 001	4 291	
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1994=100	90	88	-	90	-	-	-	-	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994=100	91	95	-	98	-	-	-	-	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{6) 7)}										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 225	47 644	49 409	49 535	48 922	48 560 ^f	49 601 ^f	49 234 ^f	
Facharbeiter	Anzahl	25 669	25 556	26 538	26 497	26 054	25 306 ^f	25 521 ^f	25 082 ^f	
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 940	8 474	9 020	8 925	8 762	9 090 ^f	9 394 ^f	9 478 ^f	
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 707	4 754	4 669	5 745	5 616	5 765 ^f	4 940 ^f	5 643 ^f	
Hochbau insgesamt	1 000	2 982	3 038	3 020	3 606	3 527	3 740 ^f	3 152 ^f	3 577 ^f	
Wohnungsbau	1 000	1 878	1 967	1 946	2 304	2 265	2 593 ^f	2 209 ^f	2 547 ^f	
gewerblicher Hochbau	1 000	816	798	801	984	921	863 ^f	716 ^f	787 ^f	
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	754	730	747	820	819	831 ^f	618 ^f	756 ^f	
Bahn und Post	1 000	28	44	26	136	73	13 ^f	80 ^f	16 ^f	
landwirtschaftlicher Bau	1 000	35	24	28	28	29	19 ^f	18 ^f	15 ^f	
öffentlicher Hochbau	1 000	288	274	273	318	341	284 ^f	227 ^f	243 ^f	
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	69	66	55	74	77	72 ^f	54 ^f	48 ^f	
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	219	208	218	244	264	212 ^f	173 ^f	195 ^f	
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 716	1 649	2 139	2 089	2 025 ^f	1 788 ^f	2 066 ^f	
gewerblicher Tiefbau	1 000	459	448	426	574	540	555 ^f	445 ^f	535 ^f	
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	354	361	352	474	446	437 ^f	361 ^f	434 ^f	
Bahn und Post	1 000	104	88	74	100	94	118 ^f	84 ^f	101 ^f	
öffentlicher Tiefbau	1 000	580	565	524	671	677	673 ^f	603 ^f	679 ^f	
Straßenbau	1 000	687	703	699	894	872	797 ^f	740 ^f	852 ^f	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	199	206	210	208	206 ^f	203 ^f	199 ^f	
Löhne	Mill. DM	156	154	161	164	163	162 ^f	157 ^f	155 ^f	
Gehälter	Mill. DM	43	46	45	45	45	44 ^f	45 ^f	44 ^f	
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	631	676	723	774	813	780 ^f	746 ^f	770 ^f	

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Meßdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	913	1 009	1 101	930	1 069	1 266	1 022	1 012	1 039
mit 1 Wohnung	Anzahl	587	704	762	653	764	926	753	745	769
mit 2 Wohnungen	Anzahl	188	195	224	180	183	256	198	188	189
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	110	115	97	122	84	71	79	81
Umbauter Raum	1000 m³	1 067	1 117	1 244	1 048	1 166	1 305	1 070	1 159	1 113
Wohnfläche	1000 m²	189	197	221	183	205	231	189	200	199
Wohnräume	Anzahl	8 584	9 044	9 778	8 253	9 959	10 144	8 386	8 846	8 932
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	461	482	535	455	518	560	465	500	487
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	4	4	5	7	6	1	5	7
Unternehmen	Anzahl	109	146	163	131	161	149	106	176	219
Private Haushalte	Anzahl	801	860	934	794	901	1 111	915	831	813
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	184	211	207	230	278	247	211	216
Umbauter Raum	1000 m³	741	881	1 126	907	1 284	1 398	1 328	841	1 033
Nutzfläche	1000 m²	123	143	189	141	214	243	200	141	158
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	174	192	282	161	272	272	208	163	189
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	18	25	30	27	21	22	25	20
Unternehmen	Anzahl	136	155	164	169	183	249	218	175	185
Private Haushalte	Anzahl	8	11	22	8	20	8	7	11	11
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 141	2 128	2 361	1 936	2 337	2 217	1 853	2 071	2 022
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 198	3 441	3 185	3 511	3 561	3 906	2 694
EU-Länder	Mill. DM	1 902	1 905	1 674	1 898	1 902	2 206	1 324
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	228	225	213	207	248	240	158
Dänemark	Mill. DM	49	59	55	56	52	62	41
Finnland	Mill. DM	26	28	38	28	27	32	17
Frankreich	Mill. DM	510	454	369	470	398	538	321
Griechenland	Mill. DM	23	27	24	35	25	44	25
Großbritannien	Mill. DM	279	290	257	284	299	356	176
Irland	Mill. DM	13	13	8	9	11	14	10
Italien	Mill. DM	234	242	142	247	273	278	131
Niederlande	Mill. DM	203	211	223	204	196	214	153
Österreich	Mill. DM	131	134	142	137	140	159	138
Schweden	Mill. DM	60	56	55	51	49	55	31
Spanien	Mill. DM	121	141	125	148	157	183	97
Portugal	Mill. DM	24	25	22	22	28	28	25
USA und Kanada	Mill. DM	225	253	244	246	272	306	221
Japan	Mill. DM	84	83	76	95	102	69	76
Entwicklungsländer	Mill. DM	443	529	563	526	564	547	417
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	217	301	275	349	326	413	335
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 315	2 312	2 315	2 327	2 301	2 927	2 254
EU-Länder	Mill. DM	1 534	1 455	1 463	1 431	1 387	1 759	1 317
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	230	247	286	277	267	325	298
Dänemark	Mill. DM	47	45	47	64	54	54	50
Finnland	Mill. DM	11	9	9	6	8	13	8
Frankreich	Mill. DM	468	359	402	388	283	474	290
Griechenland	Mill. DM	3	2	1	2	1	3	2
Großbritannien	Mill. DM	106	108	97	99	122	138	82
Irland	Mill. DM	20	20	29	33	6	19	13
Italien	Mill. DM	174	166	141	148	148	198	164
Niederlande	Mill. DM	219	239	234	159	276	227	186
Österreich	Mill. DM	71	77	78	84	63	112	76
Schweden	Mill. DM	57	44	52	77	46	44	38
Spanien	Mill. DM	104	114	63	65	94	127	84
Portugal	Mill. DM	23	25	23	29	20	26	25
USA und Kanada	Mill. DM	157	160	140	156	148	318	186
Japan	Mill. DM	99	82	82	92	106	74	89
Entwicklungsländer	Mill. DM	166	186	199	171	198	219	201
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	196	182	222	224	253	225

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	99,5	98,4	96,7	96,8	96,9	96,6	95,7	94,8	95,2
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	102,7	104,1	102,3	102,7	103,1	108,0	106,6	105,1	105,5
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,0	101,5	91,2	97,7	106,6	101,3	89,5	93,8	98,5
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,5	97,7	99,7	99,9	99,6	99,5	99,9	99,8	99,4
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,6	103,9	97,4	112,5	119,5	110,2	95,5	111,8	112,4
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,3	95,2	99,0	98,7	98,2	101,0	99,0	97,8	95,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	99,7	97,5	102,5	101,5	100,6	108,4	107,2	105,9	102,5
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,6	96,1	103,0	109,4	108,6	104,5	108,8	107,5	104,5
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	512	507	660	798	813	635	720	812	794
Ausländer	1000	101	101	160	144	129	169	174	144	129
Übernachtungen	1000	1 728	1 626	2 411	2 495	2 539	2 314	2 506	2 534	2 441
Ausländer	1000	316	308	573	416	375	579	598	411	360
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 336	1 364	1 350	1 444	1 356	1 447	1 314	1 391	...
Güterversand	1000 t	788	803	863	803	821	776	680	710	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 607	15 873	12 850	14 277	15 464	17 886	13 458	15 174	15 621
Krafträder	Anzahl	1 285	1 512	1 390	1 064	627	1 749	1 190	747	336
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 313	13 235	10 618	12 198	13 698	14 655	11 240	13 110	14 054
Lastkraftwagen	Anzahl	678	799	616	757	880	1 090	790	1 022	910
Zugmaschinen	Anzahl	192	192	126	155	146	227	135	191	196
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 467	1 488	1 705	1 619	1 618	1 702	1 669	1 691	1 520 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 956	8 007	6 724	7 819	8 830	8 241	7 352	8 427	8 832 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	1 981	2 025	2 287	2 113	2 163	2 261	2 263	2 314	2 053 ^P
Getötete	Anzahl	31	32	47	24	30	37	45	32	36 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	27	10	22	20	32	21	22 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	12	9	3	11	6	8	6 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	2	4	1	1	4	3	1	5 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	4	3	3	3	1	1	1	2 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	497	490	593	509	522	520	589	481	455 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	285	266	274	232	283	266	286	237	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	97	160	137	102	150	164	111	...
Radfahrer	Anzahl	52	56	97	75	57	65	93	58	...
Fußgänger	Anzahl	56	50	42	46	52	33	31	39	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	102	104	82	138	83	158	88	95	100
Angemeldete Forderungen	1000 DM	67 528	75 825	64 849	117 214	43 647	79 158	61 291	46 567	106 796
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	1	–	–	–	–	–	–

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober		Juli	August	September	Oktober
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	142 495	155 992	·	150 642	·	·	·	166 726	·
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	139 651	151 431	·	146 287	·	·	·	160 679	·
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	24 069	25 244	·	24 317	·	·	·	25 797	·
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	23 193	23 874	·	23 397	·	·	·	24 825	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	876	1 370	·	920	·	·	·	972	·
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 374	11 556	·	11 590	·	·	·	12 061	·
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 642	9 977	·	9 975	·	·	·	10 660	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 732	1 579	·	1 615	·	·	·	1 401	·
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	104 208	114 631	·	110 380	·	·	·	122 821	·
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	90 490	99 743	·	95 914	·	·	·	107 204	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 718	14 888	·	14 466	·	·	·	15 617	·
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	121 319	126 194	·	121 433	·	·	·	127 253	·
Sichteinlagen	Mill. DM	23 913	25 273	·	23 460	·	·	·	25 645	·
Termineinlagen	Mill. DM	39 399	40 417	·	39 564	·	·	·	40 889	·
Spareinlagen	Mill. DM	58 007	60 504	·	58 409	·	·	·	60 719	·
Steuern ²⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern ³⁾	Mill. DM	3 228	3 344	3 238	3 885	2 935	3 104	3 969	3 918	3 051
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 362	1 359	1 351	1 720	761	847	1 607	1 797	787
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 088	1 386	796	821	1 016	1 460	819	842
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	182	179	517	–	–	–	546	–	–
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	20	– 89	409	– 113	– 215	– 41	451	– 85
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	50	57	39	52	24	46	51	31	35
Zinsabschlag	Mill. DM	46	41	65	12	13	12	76	12	15
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	23	59	54	–	–	–	62	–	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	143	153	– 51	450	15	– 13	63	485	– 21
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	13	12	83	–	–	–	72	–	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 865	1 986	1 887	2 166	2 175	2 256	2 362	2 121	2 264
Umsatzsteuer	Mill. DM	686	684	714	734	666	716	763	698	701
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 179	1 302	1 173	1 432	1 508	1 541	1 599	1 424	1 563
Zölle	Mill. DM	201	218	245	234	247	211	204	204	229
Bundessteuern	Mill. DM	533	250	216	275	230	210	205	264	196
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	439	153	150	136	166	155	146	159	146
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	85	87	56	130	54	45	47	94	40
Landessteuern	Mill. DM	143	111	120	134	128	141	119	120	108
Vermögensteuer	Mill. DM	40	5	3	7	6	3	4	5	4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	58	65	61	75	70	73	58	50	56
Biersteuer	Mill. DM	8	7	9	8	7	8	8	8	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 3) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	772	782	-	716	-	-	-	827	-
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	-	11	-	-	-	11	-
Grundsteuer B	Mill. DM	146	154	-	171	-	-	-	179	-
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	536	536	-	455	-	-	-	547	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	63	-	62	-	-	-	70	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 063	1 899	1 670	2 250	1 701 ^f	1 725	2 111	2 044	1 762
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	594	574	769	326 ^f	363	693	803	336
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	927	1 046	880	1 206	1 121 ^f	1 125	1 212	977	1 204
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 088	1 067	1 120	1 286	863	902	1 156	1 187	866
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	545	537	510	712	276	238	606	733	283
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	372	391	488	439	388	433	426	332	383
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 175	1 134	-	1 018	-	-	-	1 158	-
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	425	432	-	350	-	-	-	421	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	514	457	-	372 ^f	-	-	-	400	-
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	-	56	-
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1991 = 100	114,1	116,1	116,8	116,5	116,3	117,7	117,6	117,3	117,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,6	111,2	111,3	111,2	111,1	113,2	112,7	112,4	112,1
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 320	4 387	-	-	4 394	4 496	-	-	...
Arbeiter	DM	4 485	4 545	-	-	4 553	4 651	-	-	...
Arbeiterinnen	DM	3 146	3 210	-	-	3 199	3 335	-	-	...
Bruttostundenverdienste	DM	25,99	26,39	-	-	26,42	26,91	-	-	...
Arbeiter	DM	26,84	27,21	-	-	27,21	27,74	-	-	...
Facharbeiter	DM	28,54	29,01	-	-	29,04	29,66	-	-	...
Angelernte Arbeiter	DM	25,70	25,99	-	-	25,99	26,50	-	-	...
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,61	-	-	22,61	23,05	-	-	...
Arbeiterinnen	DM	19,68	20,06	-	-	20,13	20,53	-	-	...
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,06	19,34	-	-	19,39	19,71	-	-	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,2	-	-	38,3	38,5	-	-	...
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	-	-	38,5	38,6	-	-	...
Arbeiterinnen	Std.	36,8	36,8	-	-	36,6	37,4	-	-	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	6 131	6 221	-	-	6 224	6 360	-	-	...
im produzierenden Gewerbe	DM	5 560	5 669	-	-	5 681	5 780	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	6 502	6 601	-	-	6 613	6 682	-	-	...
Männer	DM	4 514	4 624	-	-	4 635	4 751	-	-	...
Frauen	DM	6 577	6 645	-	-	6 641	6 813	-	-	...
Technische Angestellte	DM	6 730	6 787	-	-	6 776	6 959	-	-	...
Männer	DM	5 026	5 186	-	-	5 219	5 367	-	-	...
Frauen	DM	4 422	4 511	-	-	4 511	4 597	-	-	...
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 409	4 491	-	-	4 488	4 569	-	-	...
Kaufmännische Angestellte	DM	5 104	5 147	-	-	5 136	5 226	-	-	...
Männer	DM	3 792	3 874	-	-	3 877	3 937	-	-	...
Frauen	DM									

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20 a FAG.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	81 895	82 051	82 071	82 071	82 082
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 608	35 130 ^p	47 341 ^p	53 774 ^p	41 745 ^p	41 547 ^p	50 251 ^p	52 941 ^p	42 927 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	66 334	67 506 ^p	74 945 ^p	68 255 ^p	71 500 ^p	65 356 ^p	70 115 ^p	68 698 ^p	71 160 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 570	71 396 ^p	67 359 ^p	65 541 ^p	66 926 ^p	69 360 ^p	67 975 ^p	65 949 ^p	66 805 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 7 236	– 3 890 ^p	7 586 ^p	2 714 ^p	4 574 ^p	– 4 004 ^p	2 140 ^p	2 749 ^p	4 355 ^p
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 354	4 372	4 308	4 075	4 134	4 095	3 965
Männer	1 000	2 112	2 342	2 270	2 261	2 221	2 144	2 153	2 115	2 047
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,4	11,4	11,4	11,4	11,2	10,5	10,7	10,6	10,3
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,5	12,7	12,6	12,7	12,5	11,7	11,9	11,8	11,4
Offene Stellen	1 000	327	337	356	355	335	483	467	466	432
Kurzarbeiter	1 000	277	183	128	95	111	102	83	65	77
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{6) 7)}										
Beschäftigte	1 000	6 520	6 416	6 420	6 437	6 448	6 396	6 432	6 461	6 472
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	540	533	556	474	558	539	554	486	557
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	173 275	183 374	190 057	164 489	202 621	196 085	195 169	169 420	202 985
Auslandsumsatz	Mill. DM	51 438	58 117	59 758	50 346	64 859	67 805	64 288	54 752	67 523
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	99,9	103,7	107,8	89,9	112,5	112,2	113,0	96,4 ^f	116,2
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,9	104,3	109,4	94,6	112,0	112,1	113,7	100,4 ^f	115,2
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,4	106,0	111,0	87,4	118,2	120,4	119,4	96,8 ^f	123,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	99,6	101,2	66,5	111,1	111,1	108,5	79,1 ^f	122,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,8	99,8	101,6	92,5	104,9	99,0	102,2	93,0 ^f	103,0
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 468	40 564	36 584	34 994	37 246	35 894	37 750	37 776	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 975	31 143	28 043	27 310	28 418	27 755	28 751	27 166	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{8) 9)}										
Beschäftigte	1 000	1 312	1 221	1 252	1 256	1 256	1 127	1 127	1 132	1 135
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	130	123	147	123	149	124	131	111	131
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	18 109	17 530	20 190	18 155	19 972	17 102	18 582	16 722	18 244
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 772	18 433	21 543	18 690	19 193	23 647	20 989	21 187	20 233
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 021	16 223	19 353	16 679	16 940	21 682	19 244	19 386	18 527
Wohnfläche	1 000 m ²	3 779	3 639	4 039	3 556	3 792	4 182	3 691	3 701	3 608
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 337	3 355	3 984	3 611	3 699	4 390	4 179	4 149	3 798
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 031	44 110	47 577	42 153	44 895	46 075	40 975	41 550	40 574
Handel und Gastgewerbe ¹⁰⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,3	101,1	102,8	91,4	98,6	97,6	104,5	93,4	99,3
Großhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,1	101,5	104,8	94,5	108,5	104,8	106,4	94,9	106,3
Gastgewerbe										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,5	96,7	103,3	106,9	108,0	98,7	99,5	103,6	103,1

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen. (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 8) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 9) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich. – 10) Vorläufige Ergebnisse. – 11) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	65 745	73 898	78 701	65 957	79 076	81 780	84 948	68 992	76 634
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 725	40 971	42 183	36 013	41 792	47 265	46 788	36 746	42 514
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 153	4 300	4 316	3 865	4 351	4 744	4 572	3 799	4 591
Frankreich	Mill. DM	7 268	7 869	8 160	6 309	8 046	9 562	9 131	6 938	8 376
Großbritannien	Mill. DM	5 306	6 252	7 054	6 069	6 165	7 413	7 625	6 312	6 175
Italien	Mill. DM	4 939	5 444	5 613	3 833	5 537	6 389	6 151	4 008	5 636
Niederlande	Mill. DM	5 023	5 168	5 304	4 968	5 361	5 508	5 741	4 638	4 995
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	57 533	62 989	65 758	57 476	63 846	70 617	70 756	60 485	65 195
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	32 358	34 173	35 705	30 582	32 755	38 675	38 606	31 860	33 211
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 659	3 877	3 684	3 506	3 877	4 101	3 661	3 347	3 846
Frankreich	Mill. DM	6 136	6 606	6 439	5 728	6 602	7 501	7 864	6 536	6 964
Großbritannien	Mill. DM	3 957	4 383	4 964	3 739	4 178	4 894	4 866	4 555	3 851
Italien	Mill. DM	4 862	4 909	5 629	4 224	4 636	5 901	6 093	4 412	4 515
Niederlande	Mill. DM	5 091	5 345	5 552	5 413	4 828	5 732	5 439	4 574	4 826
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 675	4 960	4 833	4 860	4 872	5 127	5 138	5 155	5 166 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 536	3 760	3 643	3 658	3 679	3 882	3 891	3 905	3 933 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 139	1 200	1 190	1 202	1 193	1 245	1 247	1 250	1 233 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 930	3 020	2 894	2 904	2 900	3 010	3 003	3 031	3 028 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	1 143	1 182	1 149	1 149	1 149	1 175	1 113	1 172	1 171 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ²⁾	Mill. DM	46 997	46 952	40 657	38 917	56 179	60 663	44 435	42 117	61 899
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 484	26 150	19 567	17 595	36 930	40 661	21 830	19 848	41 415
Lohnsteuer	Mill. DM	20 940	20 723	21 873	19 855	18 213	20 937	23 226	20 936	18 849
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	968	480	- 4 657	- 3 247	8 282	7 071	- 4 018	- 2 469	10 003
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 767	20 075	19 385	20 753	19 289	20 010	20 722	21 591	20 478
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 698	16 661	15 849	17 531	15 687	15 946	16 654	17 590	16 769
Zölle	Mill. DM	549	575	574	605	588	492	514	576	527
Bundessteuern	Mill. DM	11 489	11 272	11 177	10 243	11 648	11 326	10 720	9 797	11 088
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 196	1 177	730	1 715	594	654	698	1 645	627
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 115	7 935	8 729	6 973	8 077	8 298	8 506	6 953	8 197
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1991 = 100	105,6	107,5	107,7	108,0	107,1	104,3	103,3	102,3	101,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1991 = 100	91,1	92,5	92,4	93,5	94,1	89,3	88,2	86,7	85,8
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1991 = 100	103,5	104,7	104,8	105,0	105,1	104,6	104,4	104,2	104,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,8	99,0	-	99,0	-	-	-	98,9	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1995 = 100	99,8	99,1	-	99,1	-	-	-	98,9	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	98,3	96,6	-	96,4	-	-	-	95,8	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	116,5	118,6	119,2	119,3	119,0	120,0	120,3	120,2	119,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,2	111,0	111,6	111,1	111,0	113,7	113,2	112,5	112,2
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,5	109,0	108,7	108,8	109,1	109,4	109,3	109,2	109,5
Wohnungsmieten	1991 = 100	137,9	141,6	141,9	142,0	142,1	144,0	144,2	144,3	144,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	103,3	105,1	104,5	105,3	104,9	103,3	103,1	102,7	102,7
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	110,2	110,8	110,8	110,9	110,9	111,8	111,8	111,9	112,0
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	115,0	119,1	121,5	121,5	121,6	122,8	122,8	122,9	123,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	115,7	116,6	116,5	117,4	117,3	116,8	117,3	117,1	117,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	111,6	114,3	114,0	114,0	114,2	115,0	115,0	115,0	115,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	123,3	125,9	132,2	132,5	127,7	126,8	132,2	132,7	127,7

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Gas war 1997 die bevorzugte Heizenergie bei Neubauten

Deckung des Heizenergiebedarfs durch alternative Energiearten nur in Ausnahmefällen

Die rheinland-pfälzischen Bauherren bevorzugten als Energieträger für die Beheizung ihrer Gebäude Erdgas. Von den im Jahre 1997 fertig gestellten 10 821 neuen Wohngebäuden wurden 60 % (6 503) mit dieser umweltschonenden Energieart beheizt. Gut 37 % der Bauherren (4 079) setzten auf Heizöl. Koks und Kohle, Strom und sonstige Energiearten kamen zusammen mit einem Anteil von weniger als 2 % in nur knapp 200 fertig gestellten neuen Wohngebäuden zum Einsatz. Die Deckung des Heizenergiebedarfs durch alternative Energien war für rheinland-pfälzische Bauherren nur in Einzelfällen möglich. Von den im Jahre 1997 bezugsreif gewordenen Wohngebäuden wurden nur drei vorwiegend mit Solarenergie und zwölf Gebäude mit Hilfe der Wärmepumpe beheizt.

Die meisten neu errichteten Wohngebäude (10 234) verfügen über eine Zentralheizung (95 %). In 445 Gebäuden war eine Etagenheizung eingebaut (4 %), an Fernwärme und Blockheizkraftwerke waren lediglich 40 fertig gestellte Gebäude angeschlossen (0,4 %). Die Ofenheizung hat fast ausgedient. Nur noch 93 Bauherren (0,9 %) setzten auf diese Art der Beheizung (offene Kamine, Kachelöfen usw., die nicht vorwiegend der Beheizung dienen, werden in der Baustatistik nicht erfasst). he

Seit Jahren niedrigster Weinbestand

Weinerzeuger und Handel in Rheinland-Pfalz hatten Ende August 1998 weniger Wein in ihren Kellern als im Vorjahr. Wie eine Auswertung der Weinbestandsmeldungen ergab, waren 7,3 Mill. hl Wein und Sekt (- 2,2 %) vorhanden. Das entspricht gut der Hälfte des gesamtdeutschen Bestandes. Die Bestände erreichten damit nicht zuletzt wegen vorausgegangener geringer Weinmosternten den tiefsten Stand seit 16 Jahren.

Mit 5,4 Mill. hl (- 2,5 %) stammten drei Viertel des gesamten Wein- und Sektbestandes aus deutscher Herkunft, 1,6 Mill. hl (- 6,4 %) wurden in Ländern der EU erzeugt und 0,3 Mill. hl (+ 53 %) kamen aus dem übrigen Ausland.

Von den Weinbeständen der rheinland-pfälzischen Erzeugerbetriebe (3,6 Mill. hl/ - 2,5 %) entfielen allein über 3 Mill. hl auf Weißwein. Die Vorräte an Sekt - überwiegend beim Handel - erreichten 1,3 Mill. hl (- 8,9 %). kr

Stärkste Energieabhängigkeit bei Zementherstellern

Im Jahre 1997 wurden von den 2 154 rheinland-pfälzischen Industriebetrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten insgesamt 213 Mill. Gigajoule (GJ) Energie verbraucht (3,6 Gigajoule entsprechen 1 000 kWh).

Die stärkste Energieabhängigkeit wiesen mit 15 045 GJ je 1 Mill. DM Umsatz die Hersteller von Zement, Kalk und Gips auf. Es folgten die Produzenten von Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe (7 642 GJ), die Hersteller von keramischen Wand- und Bodenfliesen (5 488 GJ) und das Glasgewerbe (5 171 GJ). An fünfter Stelle rangiert die chemische Industrie mit 4 114 GJ je 1 Mill. DM Umsatz. Diese Branche ist mit einem Gesamtverbrauch von 133 Mill. GJ (62 %) der größte industrielle Energieverbraucher im Lande. Besondere Bedeutung erlangen diese Zahlen im Zusammenhang mit der Einführung der so genannten Öko-Steuer.

Die fünf genannten energieintensivsten Wirtschaftsbereiche verbrauchten insgesamt 161 Mill. GJ Energie. Das entspricht 75 % des gesamten Energieverbrauchs des verarbeitenden Gewerbes. fu

Industrie investierte 1997 über 4,5 Mrd. DM

Chemische Industrie mit 1,5 Mrd. DM weiterhin Spitzenreiter

Das rheinland-pfälzische verarbeitende Gewerbe hat 1997 Investitionen im Wert von über 4,5 Mrd. DM durchgeführt. Das Investitionsvolumen übertraf damit das Vorjahresergebnis um 72 Mill. DM (+ 1,6 %). Wie bereits in den Vorjahren investierte auch 1997 die chemische Industrie mit rund 1,5 Mrd. DM mit deutlichem Abstand zu den anderen Industriebranchen am stärksten. Fast jede dritte investierte DM der Industriebetriebe in Rheinland-Pfalz entfiel allein auf diesen Wirtschaftszweig.

Das zweithöchste Investitionsvolumen wies mit 477 Mill. DM der Fahrzeugbau auf. Im Vergleich zu 1996 lag der Investitionszuwachs hier bei 68 Mill. DM (+ 17 %). Es folgten die Betriebe der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen mit Investitionen von 424 Mill. DM und die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren mit 409 Mill. DM. Rückläufig war mit 397 Mill. DM die Entwicklung im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung (- 24 %). fu

Schweinebestände nochmals ausgeweitet
Zahl der Rinder rückläufig

Am 3. November 1998 – bisher war der 3. Dezember Zählungstichtag – wurden in Rheinland-Pfalz rund 422 000 Schweine gehalten. Im Vergleich zum Dezember des Vorjahres bedeutet dies eine Zunahme um 5,7 %. Die Bestände sind damit zum zweiten Mal nach dem Tiefstand im Jahre 1996 ausgeweitet worden. Die etwa bis Mitte des Jahres gegebene gute Rentabilität der Schweineproduktion dürfte wesentlich hierzu beigetragen haben. Etwa 38 % des Bestandes entfielen auf

Mastschweine (159 000). Die Zahl der Zuchtsauen erreichte 42 500 (+ 2,1 %). Die Zahl der Schweinehalter verringerte sich binnen Jahresfrist um 8,7 % auf derzeit gut 6 000.

Die Rinderbestände sind weiter rückläufig. Anfang November standen in den rheinland-pfälzischen Ställen knapp 458 000 Rinder (– 2,6 %). Mit fast 137 000 Tieren wurden rund 4 % weniger Milchkühe gehalten als im Dezember des Vorjahres. Die Zahl der Kälber hat mit knapp 5 % ebenfalls überdurchschnittlich stark abgenommen. Deutlich niedriger war auch die Zahl der Rinderhalter (9 500). bd

Steuereinnahmen des Landes
nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - November		Ver- ände- rung
	1997	1998	
		Mill. DM	
Landessteuern	1 208,6	1 404,3	16,2
Vermögensteuer	59,0	45,7	– 22,7
Erbschaftsteuer	56,2	131,6	134,2
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	103,3	174,1	68,5
Kraftfahrzeugsteuer	713,7	764,1	7,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	165,2	185,2	12,1
Feuerschutzsteuer	29,5	23,1	– 21,7
Biersteuer	81,7	80,6	– 1,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen¹⁾	5 290,6	5 650,6	6,8
Lohnsteuer	4 403,0	4 585,8	4,2
Veranlagte Einkommensteuer	– 141,1	– 152,8	X
Kapitalertragsteuer	275,6	589,5	113,9
Zinsabschlag	209,0	234,1	12,0
Körperschaftsteuer	544,2	394,0	– 27,6
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	4 319,3	4 289,6	– 0,7
Umsatzsteuer	3 424,3	3 330,3	– 2,7
Einfuhrumsatzsteuer	895,0	959,3	7,2
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	81,7	92,3	13,0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	47,3	49,3	4,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	124,7	140,9	13,0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	–	29,3	X
Insgesamt	11 072,2	11 656,3	5,3

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im November 1998

Indexbezeichnung	1991=100	Verän- derung zu Nov. 1997 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	117,1	0,6
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,3	0,8
Bekleidung, Schuhe	110,7	0,5
Wohnungsmieten	131,0	1,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	98,2	– 3,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	112,9	0,9
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	120,2	1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116,2	– 0,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	114,5	1,0
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	123,5	0,8
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	117,7	0,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	117,2	0,7
2-Personen-Haushalte von Rentenempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	120,0	0,7
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	119,7	0,7

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da die Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

